

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Redaktionsamt
Tageblatt Riesa,
Friedrichstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherteilts bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1330.
Strohlasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 28.

Donnerstag, 28. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbesorgung 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und in bestimmter Spalte 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt zehntel, wenn der Betrag verhältnißmäßig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Verfallungszeit: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsamt und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 55. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Heute Ministerbesprechung in Berlin.

Am heutigen Donnerstag findet im Reichsinnenministerium eine Aussprache zwischen dem Reichsinnenminister und den Kultusministern der Länder statt. Ihr Thema ist:

Entpolitisierung der Jugend.

Wie wir erfahren, ist man bei verschiedenen Länderregierungen über die vor etwa drei Wochen ergangene Einladung zu der Konferenz etwas überrascht gewesen. Man vertritt sich von allgemeinen Empfehlungen für eine Entpolitisierung der Jugend und, was wichtiger wäre, vor allem der Schulen, nicht sehr viel. Ein Anlaß für neue einschneidende Maßnahmen liegt aber nicht unmittelbar vor, da die bisherigen Erlasse den Schulbehörden und Kultusministern genügend Handhaben bieten, um gegen politische Auswüchse Jugendlicher vorzugehen. In Preußen ist z. B. noch immer ein Erlass des früheren Unterrichtsministers Voelckh in Kraft, der die Schulen nicht nur befreit, sondern verpflichtet, gegen Schüler vorzugehen, die in staatsfeindlichen Reden und Vereinigungen Mitalglieder sind. Wenn von diesem Erlass nicht mehr Gebrauch gemacht wird, so liegt dies an pädagogischen Bedenken, die einer rigorosen Anwendung im Wege stehen. Man kann nicht Angehörigen der höheren Schulen ein Interesse für Politik, das man 16- oder 17jährigen im Wirtschaftsleben stehenden Lehrlingen und Arbeitern ohne weiteres zubilligt, abprechen. Das einzige, was stärker als bisher durchgeführt werden kann, ist eine Ausschaltung der Politik aus dem eigentlichen Schulbetrieb. Aber auch hier wird man wohl das Tragen von politischen Abzeichen, nicht aber Diskussionen verbieten können, die sich aus der Schularbeit von selbst ergeben und den Charakter einer sachlichen Aufklärung der Schüler nicht verlieren. Wichtigster als eine schematische Entpolitisierung der Jugend und Schulen erscheint vielen Kreisen eine echte Politisierung, die an den Problemen nicht vorübergeht, sondern durch Ausprägung im Bewusstsein des Lehrers die gegnerischen Standpunkte der immer irgendwie radikalen Jugend klärt und vertieft. Eine andere Frage ist noch die Entpolitisierung der Lehrerschaft, die überall dort, unter Umständen auch auf disziplinarischem Wege nach Auffassung pädagogischer Sachkenner, herbeigeführt werden sollte, wo der blinde Parteilich und Schlagworte bereits eingeprägt sind. Hier wird möglicherweise die Konferenz beim Reichsinnenminister gewisse Anregungen geben können. Nach unseren Informationen beschließen die Länder jedoch keineswegs, von sich aus Vor schläge zu machen. Sie warten die Vorschläge des Konferenzeinberufers ab.

Zusammentritt der Kultusminister.

Berlin. (Funkpruch.) Die angekündigte Konferenz der Kultusminister der Länder über die Frage der Entpolitisierung der Schulen ist heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Groener zusammengetreten. Die meisten Länder sind durch ihre Kultusminister persönlich vertreten.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England

Sind, wie anders nicht zu erwarten war, an der Fortschrittslosigkeit des englischen und der Sturheit des französischen Standpunktes gescheitert. Von einer Zusammenkunft zwischen Bonal und MacDonald ist vorläufig nicht die Rede. Sie ist auf einen späteren Zeitpunkt verlagert worden, verlagert wie alles, was gegenwärtig brennend eine Lösung erfordert und aus Mangel an politischem Sauerstoff schwächlich und pechlich weiterlädert. Auch die deutsch-französischen Auseinandersetzungen sind selbstverständlich durch das Scheitern der englisch-französischen Verständigung unmittelbar berührt worden. Die englische These eines kurzfristigen „vollständigen Moratoriums“ bis zum Zusammentritt einer wirklich beschlußfähigen Reparationskonferenz war für Deutschland durchaus annehmbar. Die Abgabe Frankreichs hat diesen Vermittlungsvorschlag auf Eis gelegt. An seine Stelle ist eine neue Diskussion über die Höhe der deutschen Leistungen und ihre Anrechnung auf die Wiederergänzungskosten getreten. Was der französische Finanzminister Flanbin an propagandistischen Weisheiten zu diesem Thema „ausleuchtet“ ließ, ließ sich selbstverständlich in Berlin auf Kritik abheben. Der deutsche Standpunkt in diesen Fragen wird bereits in der nächsten Zeit klar herausgearbeitet werden. Die seit langem angekündigte authentische Darstellung des auswärtigen Amtes steht unmittelbar vor der Veröffentlichung. Der weitere Verlauf der deutsch-französischen Verhandlungen wird wahrscheinlich sein, daß man es bei der jetzigen Verlaufs jeder Entscheidung bewenden läßt. Auf beiden Seiten wird immer wieder versichert: Erst müssen die Wahlen in Deutschland und Frankreich vorbei sein, vorher ist ein Zusammenkommen unserer Staatsmänner im Grunde zwecklos. In Berliner politischen Kreisen hat man sich mit dieser Ainsparierung der Entscheidung wohl oder übel bereits abgefunden. Das alte Berichtswort „Im Westen nichts Neues“ erhält wieder einen Sinn. Sowie Welt „Uebertragungen“ in den nächsten Tagen zu erwarten sind, werden sie wahrscheinlich auf innerpolitischem Gebiete zu suchen sein.

Ein Aufruf für die Volkswahl Hindenburgs.

Oberbürgermeister Sahm bildet einen Ausschuß für die Volkswahl Hindenburgs.

München, 28. Januar.

Ein größerer Kreis überparteilicher Persönlichkeiten aus verschiedenen Ständen und Kreisen des Landes Bayern erläßt nachstehenden Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg:

Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungsreichen internationalen Verhandlungen ist mitbedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterführer steht.

Auf den Einlaß des gewaltigen Ansehens, das der Name Hindenburg im In- und Auslande genießt, dürfen wir nicht verzichten. Kein zweiter Deutscher besitzt in ähnlichem Maße das überparteiliche Vertrauen des deutschen Volkes, kein Zweiter vertritt so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland. Wir sollten deshalb dem Schicksal für jede Stunde danken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt weiterhin ausübt.

Sein Ausscheiden würde schwere Parteilämpfe heraufbeschwören, deren Ausgang ungewiß ist, würde den Weg für Inflationsschwärme freimachen, die vermieden werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist.

Vor sieben Jahren feierte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gedankens. Deutsche Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu heben.

Die Reichsverfassung sieht die Volkswahl vor und damit die Kundgebung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten.

Das bayerische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mitbeeinflusst. Wir halten uns daher beug, den ersten Schritt zu tun.

Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der, wie kein zweiter, Deutschland vertritt. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten wählen, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen.

Unser Ruf ergeht an alle ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechts, des Bekenntnisses und der Partei.

München, den 27. Januar 1932.

H. Jahn

Präsident des Reichsfinanzhofes I. R.

Es folgt eine Reihe weiterer Unterschriften, unter ihnen: Dr. A. Bög, Verlagdirektor; Graf von Bothmer, Generaloberst a. D.; Buchner, Verleger; Frh. Buechner, Hauptschriftleiter; Freiherr von Cramer-Klett, Gutsbesitzer; Dr. H. Dorn, Präsident des Reichsfinanzhofes; Dr. Eicherich-Jen, Forstwart; Dr. Fehr (Weihenstephan), Minister a. D.; Cajetan Freund, Schriftleiter; Fürst Frugger-Gloetz; H. Freiherr von Gebattel (Bamberg), General a. D.; Dr. R. Goebel, Präsident der Akademie der Wissenschaften; Dr. Max Halbe, Schriftsteller; Dr. Georg Heim, Regensburg; Hipp, Regensburg, Oberbürgermeister; Dr. H. Kufner, Zweiter Bürgermeister; Dr. G. Leopold, Verlagdirektor; H. von Seiber, Oberst a. D.; Dr. R. Scharnagl, Oberbürgermeister; Adolf Schiedt, Chefredakteur; Ferdinand Schmidhneider, Verleger; Dr. R. Willstaetter, Universitätsprofessor.

Rücktritt der österreichischen Regierung.

Wien. Der Ministerrat beschloß nach einem Bericht des Bundeskanzlers die Gesamtdemission der Bundesregierung, die von dem Bundeskanzler (sogleich dem Bundespräsidenten) unterbreitet wurde. Der Bundespräsident nahm die Demission der Gesamtregierung an.

In Berücksichtigung der innen- und außenpolitischen Lage Österreichs, die zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler eingehend erörtert wurde, hat sogleich der Bundespräsident Dr. Buresch erlaßt, die Wiederbetragung mit dem Amte des Bundeskanzlers zu übernehmen und ihm sogleich wie möglich seine Vorschläge über die Bildung der neuen Regierung zu übermitteln. Bundeskanzler Dr. Buresch hat sich bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen.

Wien. Der Rücktritt der Regierung Buresch, der sogleich durch Extrablätter bekannt gemacht wurde, hat hier allgemein Ueberraschung hervorgerufen. Man hatte erst für die nächsten Tage, nach der morgen vorgesehene Wahl des Obmannes der Christlich-Sozialen Partei, einen Regierungswechsel erwartet. Bundeskanzler Buresch kündigte für 16 Uhr Verhandlungen mit den Parteiführern im Parlamente an, die bereits der Neubildung des Kabinetts im Parla-

Bildung eines „Hindenburg-Ausschusses“

Berlin, 28. Januar.

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Dr. Sahm, ist, wie wir erfahren, seit mehreren Tagen an die Bildung eines überparteilichen Ausschusses führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes bemüht, der die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg in die Wege leiten soll. Es ist dabei an Männer und Frauen gedacht, die in maßgebender Stellung mit großen Bevölkerungskreisen in enger Fühlung stehen. Dr. Sahm wird die Einladungen an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten in kürzester Frist hinausgehen lassen, so daß der „Hindenburg-Ausschuß“ schon Anfang nächster Woche mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten dürfte.

Der bürgerliche Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs.

München. Wie sich aus den Unterschriften des von hier aus verbreiteten Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg ergibt, handelt es sich um eine von nicht parteimäßig angeordneten Persönlichkeiten eingeleitete Aktion. Schon die ersten sind in der Hauptstadt nicht als Parteimänner zu werten, sondern genießen weit über den Rahmen der Parteien hinaus, denen die eine oder andere Verantwortlichkeit anhebt, höchstes Ansehen. Man kann also wohl feststellen, daß sich hier ein Gremium zusammengefunden hat, dem die Sorge um Deutschlands Schicksal über Parteigrenzen geht, wenn auch Kreise der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Nationalen Reichsbewegung in der Liste vertreten sind. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Unterzeichnern auch Persönlichkeiten befinden, die zur heutigen Reichsregierung in Opposition stehen, so etwa die führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei in Bayern, Geheimrat Dr. Dietrich und die Landtagsabgeordnete der gleichen Partei, Frau Gertraud Wolf, sowie, wenn wir recht unterrichtet sind, auch einzelne Persönlichkeiten aus dem bayerischen Stahlhelm.

Von namhaften Organisationen und Verbänden sind sich, wenn auch zunächst nicht korporativ, so doch durch die Namen ihrer Führer oder maßgebender Persönlichkeiten vertreten, der bayerische christliche Bauernverein mit Geheimrat Dr. Deim, der bayerische Heimatbund durch Oberforstrat Dr. Eicherich, der bayerische Beamtenbund durch Regierungsdirektor Gommann und die Deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft durch Dr. Freiherr v. Branca. Mit Dr. Ritter von Holt und dem Senatspräsidenten im Ruhestand Dr. Müller-Reinigen stehen die Namen zweier prominenter Führer bayerischer Sport- und Turnerverbände auf der ersten Liste der Unterzeichner.

Im übrigen kann man sagen, daß neben der christlichen Arbeiterkassen Kreise von Industrie, Handel und Handwerk, weiteste Schichten der Landwirtschaft, der Kunstlerkassen, der Presse und des Schrifttums, der Wissenschaft und der Wissenschaft, Justiz und Kommunalwirtschaft ihre namhaftesten Namen gegeben haben.

Die Wiener Blätter zum Sturz Schobers.

Wien. (Funkpruch.) Einkimmia kommt in der ganzen heutigen Morgenpresse zum Ausdruck, daß es sich bei dem Rücktritt der Regierung Buresch in erster Linie darum gehandelt habe, einen Wechsel im Außenministerium vorzunehmen. Der Grundton aller Kommentare, daß es um Dr. Schöber und nicht um weniger um den von ihm vertretenen außenpolitischen Kurs gegangen sei, wird je nach der Parteirichtung der Zeitungen variiert.

Die Zeit des Weltkriegens.

Weshalb wünscht man sich die alte Zeit eigentlich zurück? Doch, weil in der Erinnerung sich diese Vergangenheit als eine ruhige und glückliche Epoche darstellt. Sicherlich war es auch damals nicht so geruhsam, wie man heute glaubt, sicherlich war man auch damals nicht so glücklich, wie es heute scheint. Andere Zeiten bringen nämlich andere Sitten. Und damals fand man das Geschehen, die Unruhe auch bereits aufregend und belästigend. Gewiss gab es nicht so viele Ausreden, aber es gab Sensationen, die wohlwollend ausgenutzt wurden und die Menschen in Aufruhr und Unruhe versetzten. Man braucht ja nur in alten Zeitungen, alten Zeitschriften, alten Chroniken, alten Briefen zu blättern, dann wird man finden, wie sich auch früher die Menschen erregten und früher schon nach wieder früheren Zeiten sehnten, die angeblich ruhig und glücklich waren. Man muß die Vergangenheit demnach nicht nach dem Maßstabe von heute messen, sondern bei ihrer Beurteilung daran denken, wie es einst war. Man erregte sich ebenso wie heute und man war ebensowenig glücklich wie heute. Die Menschen sind ja niemals glücklich und zufrieden gewesen. Das wird immer nur von späteren Geschichtsschreibern festgestellt und das wird von den Lebenden erzählt, denen sich die Vergangenheit nur in den schönen Bildern im Gedächtnis erhalten hat. Freilich, die Ereignisse überstritten sich nicht. Aber sie waren da, sie kälte damals das Individuum ebenso aus, wie heute die sich überlaufenden Sensationen. Die Menschen von früher hatten genug mit den Vorgängen, sie würden das Heute gar nicht ertragen, sie mußten langsam hineinwachsen. Und man weiß auch, wann das Ostwachsen in eine andere, gespanntere Zeit, in einer aufregenderen Zeit begann. Doch damals mit der Meldung über die Ermordung des österreichischen Thronfolgers. Es kam der Krieg mit den vielen Verboten, es kam die Zeit der Not mit ihren aufregenden Sorgen, der Kampf um das tägliche Brot in einem unerhörten Ausmaß. Es kamen politische und wirtschaftliche Sensationen. Es kam die wirkliche Folge des Krieges, der tägliche Mangel, es kam die Gewinnlust und es war da die Verrohung der Menschen durch Krieg und Nachkriegsberaubung. Es kam die Forderung der Sitten, die Forderung des Ehrgefühls und des Verantwortungsbewußtseins. Daraus, aus allem diesem mußte sich eine neue Lebensart gestalten, mußte ein Geschehen sich entwickeln, das mit dem früheren nicht vergleichbar war. Und nehmen wir an, wir erlebten es, daß die vielen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, die Sorgen und Mühe vorüber gingen, ja, es würde nicht wieder werden, wie es einst war. Die Zeit ist fortgeschritten. Wir haben inzwischen die schnellste Nachrichtenübermittlung, wir hören heute in wenigen Stunden, was in weiter ferne geschieht. Wir sind keine Minute vor einem neuen Geschehen sicher. Früher einmal ging eines oder das andere verloren. Heute wird alles aufgenommen, aufgeschrieben, groß gemacht, für die Nerven wird gefordert, daß sie in steter Anspannung bleiben. Die kommende Zeit wiederum wird die Menschen sagen lassen, wir hätten es schwer, aber viel besser gehabt, denn wir lebten gerühmter, vielleicht sagt man auch in der Vergangenheit glücklich. So kauft man sich immer in der Beurteilung dessen, was gewesen, weil man mit festem Maßstabe mißt und der Gegenwart zu großen Wert beimißt. Sie mit allen Fehlern erlebt und aus den täglichen Aufregungen Schlüsse zieht.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 28. Januar 1932.

- * Wettervorhersage für den 29. Januar. Mitteltendenz von der Sächsl. Landeswetterwarte zu Dresden. Nicht schwache Luftbewegung, höchstens vorübergehend verstärkte Bewölkung, vielfach Nebel, Temperaturverhältnisse wenig geändert.
- * Daten für den 29. Januar 1932. Sonnenaufgang 7.45 Uhr. Sonnenuntergang 16.42 Uhr. Mondanfang 9.58 Uhr.
- 1466: Bekämpfung der Weipziger Meisen durch Kaiser Friedrich III.
- 1499: Luibers Wittin Katharina von Bora geb. (geb. 1552).
- 1814: Der Philosoph Johann Gottl. Fichte in Berlin gest. (geb. 1762).
- 1860: Der Dichter Ernst Moriz Arndt in Bonn gest. (geb. 1769).

* Entschuldigung aus der Ostfriesland. Vom Amtshauptmann wird mitgeteilt, daß Entschuldigungsanträge jederzeit bei ihm gestellt werden können und zwar auch von den Landwirten und Gärtnern, die bis 31. Aug. 31 eine Voranmeldung bewirkt hatten und keine Antragsurkunde eingelangt erhalten haben.

* Staatlicher Kraftverkehr. In der Reichner Bezirksausführung am Dienstag wurde mitgeteilt, daß die Bezirksverwaltung infolge der Unklarheit der Finanzen des Bezirks beschlossen hat, sämtliche Verträge mit dem Kraftwerk Freital Sachsen über Beheizung an den Garantiestellen der Kraftwerksanlagen Meissen-Heiden-Weißsa, Meissen-Ränchris-Riesa und Kommasch-Weissen-Dresden zu kündigen.

* Jahreshauptversammlung des Vereins Thüringer Landeskunde Riesa und Umg. Am Sonntag, den 24. Januar, hielt obiger Verein seine dreißigste Jahreshauptversammlung im Vereinslokal Restaurant zur Warburg ab, die den ungünstigen Verhältnissen entsprechend gut besucht war. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht über das vergangene Vereinsjahr. Der Mitgliedsbeitrag wurde durch Neueintritte wieder ausgeglichen. Der vorgetragene Resolutionsbericht ist trotz der schweren Wirtschaftskrise ein erfreulicher zu nennen, zumal die Landsmannschaft erst 2 Jahre besteht. Es wurde daher beschlossen, um der Mitglieder in der letzten wirtschaftlichen Notlage entsprechend entgegenzukommen, die Mitgliedsbeiträge um ein Drittel des Betrages zu senken und für die Arbeitslosen und Sozialrentner den für diese bestehenden Satz beizubehalten. Gleichzeitig einigte man sich dahin, dem Bund Sächs. Thüring. Landsmannschaften E. V. Sächs. Dresden, weiter als korporatives Mitglied anzugehören, aber nur noch ein Pflichtexemplar der Bundeszeitung zu beziehen. Bei der Neuwahl wurde durch Vertrauensstimmgebung der Versammlung der gesamte Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Ferner wurde beschlossen, die diesjährige Spinnübungsfeier fallen zu lassen und dafür ein acht Thüringer Mädchen in der am 14. Februar stattfindenden Monatsversammlung mit Familienabend abzuhalten. Mit dem Wunsch für Verdung noch fernstehender Landsleute im neuen Vereinsjahr, sowie weiterhin fest zusammen zu stehen, um Zweck und Ziele der Landsmannschaft zu pflegen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Bei Gesang alter Thüringer Heimat- und Volkslieder schloß sich ein gefälliges Beisammeln an.

* Steuerabzug vom Arbeitslohn. Der Präsident des Landesfinanzamtes Dresden teilt mit: Die bereits bekanntgegebenen Bestimmungen für das Kalenderjahr 1931 bis zum 15. Februar 1932 den Finanzämtern des Wohnortes der Arbeitnehmer einzusenden. Soweit es sich um Arbeitnehmer handelt, für welche die Lohn-

steuer im Uebertretungs- oder Behördenverfahren abgeklärt worden ist, hat der Arbeitgeber vor der Einlegung der Lohnsteuer-Beschwerden auf der zweiten Seite der Steuerkarte 1931 auszufüllen. Für die vor dem 31. Dezember 1931 ausgeschiedenen Arbeitnehmer waren die „Lohnsteuer-Beschwerden“ auf der zweiten Seite der Steuerkarte 1931 bereits beim Auscheiden dieser Arbeitnehmer auszufüllen. In dies aus-irgendwem Grunde unterlassen, so sind für diese nicht mehr im Dienste des Arbeitgebers befindlichen Arbeitnehmer jetzt besondere „Lohnsteuer-Uebertretungsblätter“, deren Muster beim Finanzamt angefordert werden können, auszufüllen und einzusenden. Diejenigen Arbeitnehmer, für welche die Lohnsteuer im Markenverfahren abgeklärt worden ist, haben die ihnen vom Arbeitgeber auszuhändigende Steuerkarte 1931 mit dem Einlagebogen an das Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk sie am 10. Oktober 1931 ihren Wohnsitz hatten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen auf die Abfertigungspflicht hinzuwirken. Ueber alles Nähere gibt ein Merkblatt Auskunft, das bei den Finanzämtern kostenlos entnommen werden kann.

* Betriebsrätewahlen 1932. Durch Verordnung der Reichsregierung vom 14. Dezember 1931 ist die Amtsdauer derjenigen Betriebsräte, deren Amt durch Ablauf der Wahlzeit im Kalenderjahr 1932 enden würde, um ein Jahr verlängert worden, um die Kosten und die wirtschaftlichen Störungen durch allgemeine Neuwahlen in den nächsten Monaten zu vermeiden. Nach Mittelungen kommunistischer Zeitungen scheint es, als ob die Rote Gewerkschafts-Organisation in weitaus der Mehrzahl der Betriebe ihrer Anhänger in möglichst vielen Betrieben trotz dem Neuwahlen zu erzwingen. Ein solcher Versuch hat keine Aussicht auf Erfolg. Abgesehen davon, daß es zweifelhaft erscheint, ob Maßnahmen rechtswirksam sind, die nur zu dem Zwecke erfolgen, eine mit Gesetzkraft verbundene Regelung der Amtsdauer zu beistellen, ist es selbstverständlich, daß der Reichsarbeitsminister den für nötig gehaltenen Ausschub der Betriebsräte durch geeignete Mittel, im Bedarfsfalle durch eine ergänzende Rechtsverordnung, sicherstellen wird. Die Amtsniederlegung einzelner Betriebsratsmitglieder könnte nur zum Besten ihres Einflusses auf die Handhabung der Betriebsratsgeschäfte und zum Wegfall ihres Abdingungscharakters führen.

* Bürgermeister Stephan-Dittersdorf Vorsitzender des Ausschusses des Ortsvereins der Elektrik- und Lichtanlagen in der Sächsl. Landeswetterwarte Dresden. Die Sächsl. Landeswetterwarte Dresden berichtet, daß der bisherige Ausschussvorsitzende Uhlmann aus Gesundheitsrückfällen mit Ablauf des Geschäftsjahres 1931 ausgeschieden. Für den auscheidenden Vorsitzenden Uhlmann wurde Bürgermeister Stephan-Dittersdorf gewählt. Dem Ausschussrat gehören u. a. an: Bürgermeister Dr. Gottschalk-Weißig, Bürgermeister Kern-Rügeln, Bürgermeister Dingel-Dennstedt, Bürgermeister Hofe-Malland, Bürgermeister Friedrich-Orna und Bürgermeister Behn-Rodenberg.

* Arbeit für den Landtag. Nach einem von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Antrag soll die Regierung beauftragt werden, das Schlichtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1931 außer Kraft zu setzen und sofort zurückzunehmen. Ein weiterer Antrag der gleichen Fraktion nimmt Bezug auf die vom Senatrat zu Juidau beschlossene Schließung der Martin-Römer-Schule in Juidau am 1. März 1932. Die Regierung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, daß die Schule nicht geschlossen wird. Schließlich will die Fraktion die Regierung ersuchen, die Beschlüsse über Arbeitsbeschaffung durchzuführen, die Pflichtarbeit zu verbieten, die Fürsorgegerichte zu erhöhen und die hierfür notwendigen Mittel den Bezirksfürsorgeverbänden zur Verfügung zu stellen.

* Neuer Hausarbeitertarif. Zwischen dem Verbande von Arbeitgebern der Sächslischen Textilindustrie, dem Gewerks. und dem Deutschen Textilarbeiterversand, dem Freistaat Sachsen, sind zur Neuregelung der Hausarbeitertarife in der Gemischtweberei am 8. Januar 1932 niedrigere Sätze als bisher vereinbart worden. Diese Vereinbarung ist vom Hausarbeitersachverständigen für die Webwarenindustrie, Abteilung III (Gemischtweberei), für den Freistaat Sachsen mit Ausnahme des Saubler Arbeitertarifs mit Wirkung ab 1. Februar 1932 als allgemeiner verbindlich genehmigt worden.

* Versärfste Vorschriften für die Viehein- und Ausfuhr aus Oldenburg. Das Wirtschaftsministerium hat mit sofortiger Wirkung die versärfsten Vorschriften der Ausführungsverordnung zum Viehsteuergesetz vom 7. 4. 1912 (sechzigste Beobachtung) für das aus Oldenburg nach Sachsen eingeführte Rindvieh in Kraft gesetzt. Der neue Kraftsender Leipzig ist im Raiferia. Einer Neuerung des Direktors der Provinz Röhrl entnehmen wir: Im Mai wird der neue Leipziger Kraftsender in Betrieb genommen werden. Der Sender selbst ist seit einiger Zeit im Berliner Laboratorium der H. Vorems betriebsfertig aufgestellt. Auch die Gebäude, die der Sender der Weidenau-Vogau aufnehmen sollen, sind unter Dach. Schwierigkeiten sind nur beim Bau der Antennen-Arme entstanden. Da das ursprünglich in Aussicht genommene Gelände sich als unzulänglich erwies, mußten die Fundamente verlegt werden. Aber auch diese Schwierigkeiten werden binnen kurzem behoben sein. Mit einer Leistung von 150 Kilowatt wird der neue Sender die stärkste deutsche Rundfunkstation sein. In der Sendenergie wird er nur von einigen ausländischen Sendern übertriften werden. (Warschau sendet mit 150 Kilowatt.) Die bisherige Sendenergie des Leipziger Senders beträgt nur 24 Kilowatt. Fernempfang wird nicht mehr! Die Sorge vieler Rundfunkhörer, daß durch die enorme Steigerung der Sendenergie der Fernempfang vernichtet werden könnte, ist gegenstandslos. Gerade durch die Verlegung des Senders nach Weidenau ist es erreicht worden, daß man in Leipzig den viel kürzeren Sender mit derselben Empfangsstärke hören wird, wie den schwächeren Sender auf dem Ausstrahlungsgelände. Es kommt hinzu, daß alle Empfangsstationen, die seit 1930 gebaut wurden, so selektiv sind, daß die Wellentrennung keine Schwierigkeiten machen wird.

* Neue Geschäftsräume des Hauptmissionsvereins in Dresden. Der Sächsl. Hauptmissionsverein hat seine Geschäftsstelle von der Prager Straße nach der Johann-Georgen-Allee in Dresden verlegt. Ein eigener Saal gibt hier der Vereintätigkeit die Möglichkeit, mehr noch als bisher in der Öffentlichkeit für den Missionsgedanken zu wirken. In einer am letzten Freitag stattgefundenen Versammlung sprach nach begrüßenden Worten Missionsinspektor Handmanns Oberkirchenrat Dr. Siegel von seinen Missionserinnerungen aus der Primat. Landesbischof D. Schmels gedachte in seinem Schlusswort der in dieser Notzeit aufstehenden Frage, ob überhaupt noch Heilmission getrieben werden darf und mahnte zu Dankbarkeit, Vertrauen und Hoffnung, daß auch im eigenen Volk noch alles neu werden kann. — Wedel und Segen des Landesbischofs leiteten über zu einem gemeinsamen Schlussgebet.

* Streik. Einleitung des Selbstanschlagsbetriebs. In nächster Zeit, voraussichtlich am 1. April, ab, ist in dem hiesigen Ortsbereich der Selbstanschlagsbetrieb eingeführt werden. Jeder Teilnehmer wird künftig Verbindungen mit anderen Teilnehmern durch Drehen eines Nummernscheibens selbst herstellen.

* Raibitz bei Riesa. Das Fest der goldenen Hochzeit begeht heute, am 28. Januar, das Ehepaar Hermann Schwarz und Gattin Hermine geb. Winkler in geistiger und körperlicher Frische. Herr Schwarz befiel seit über 25 Jahren ununterbrochen das Amt eines Gemeindevorstandes. Dem lieben, geistigen Paare, das seit Jahrzehnten treuer Begleiter unseres Tagesblattes ist, empfehlen wir herzlich in Dankbarkeit herrliche Gedächtnis- und Gedenkbücher zu den goldenen Hochzeiten.

* Großenhain. Abschied des Ständortälteste Oberleutnant Berger. Es waren Hunderte, die zu Fuß, mit dem Rad, im Auto gestern in der 10. Vormittagsstunde dem großen Erzerleutnant auströmten. Es zeigte sich, welcher Geist für das Militär im Volk lebt. Auch einige Schulklassen waren mit ihren Lehrern gekommen, um dem militärischen Schauspiel beizuwohnen. Viele Schaulustige hatten auch schon den zwei dorthin ausrückenden Schwadronen des Reiterregiments Nr. 12 Beobachtungsgelände, die von der heiligenden Musik des neugebildeten Standorttrumpfkörpers vom Erzerleutnant geleitet worden waren. Die beiden Schwadronen nahmen Paradeaufstellung. Um 10 Uhr kam der bisherige Standortälteste Oberleutnant Berger von der Wildenhainer Straße her nach dem Aufstellungsort der beiden Schwadronen geritten. Charles Kommando hatte über den weiten Weg. Dann führte Oberleutnant Berger, mit militärischer Markierung, lauter Stimme sprechend u. a. aus: Zum letzten Male stehe ich heute vor der Front der beiden Großenhainer Schwadronen. Doppelt Abschied nehmen heißt es heute für mich. Abschied von Euch, die Ihr mir in der nur zu kurzen Zeit, da ich die Ehre hatte, an Eurer Spitze zu stehen, so sehr ans Herz gewachsen seid, Abschied aber auch von einem mehr als 25jährigen Soldatenleben, das mich aber mein liebes altes Oga-Drachener-Regiment, bei dem ich heute vor 28 Jahren Leutnant wurde und den größten Teil des Krieges als Schwadronen-Chef mitgemacht habe, aber die Weier-Kommandeure 18 und 16 und über 5 Jahre Kavallerie-Schule im Herbst 1930 nach Großenhain geführt hat. Trübe sind die Wolken, die über unsem bedrücken und schwer geprüften Vaterlande hängen, hoffen und vertrauen wir aber, daß wir doch bald den Aufbruch des neuen Deutschlands erleben. Es wird und muß der Tag kommen, wo Deutschland wieder frei, stolz und geachtet in der Welt dasteht; trage ich jeder dazu bei durch treue Pflichterfüllung, Ehrliche und Überlässigkeit im Dienste für unser geliebtes Vaterland und im Bestreben, den alten sächslischen Kavallerie-Regimentern nachzueifern, deren stolze Tradition Ihr tragt. Unter geliebtes deutsches Vaterland hoch! Das Trompetenkörpers letzte Schmettern zu den über das weite Feld schallenden dreifachen Dornruhen ein und dann ertönte das Deutschland-Lied. Oberleutnant Berger ritt nach dem westlichen Teile des Erzerleutnant, wo er dann den Paradeplatz der beiden Schwadronen, die dorthin galoppiert waren, anahm. Oberleutnant Berger hat sich seit seinem Herkommen im Jahre 1930 nicht nur bei den Offizieren, sondern in gleicher Weise auch im Kreise der Mannschaft durch sein gerechtes, leutseliges Wesen ungeteilte Sympathie erworben. Nach Schluß des Paradeaufschritts setzte sich das Trompetenkörpers wieder an die Spitze der beiden Schwadronen und zum letzten Male führte der scheidende Standortälteste nun seine eigene Weier vom Erzerleutnant zurüd nach der Kaserne. Wie das Standortkommando mitteilt, scheidet mit dem 31. Januar Oberleutnant Berger aus dem Heeresdienste aus mit der Berechtigung zum Tragen der Uniform der Kavallerie-Schule.

* Colmitz bei Großenhain. Am 26. Januar war es dem Hausbesitzer und früheren Stellmachermeister Hermann Rißke vergönnt, im Kreise seiner Kinder und Enkel seinen 92. Geburtstag feiern zu können. Vater Rißke erfreut sich trotz seines hohen Alters einer entsprechend guten Gesundheit und ist geistig noch auf der Höhe.

* Jehren. Unfall. Gestern morgen hingen sich einige junge Burden, auf ihren Häkern sitzend, an einen Postwagen, der aus Richtung Meissen kam. Da die Burden nicht einmal für notwendig hielten, in der verlässigen Totenkopffarbe loszulassen, war es vorauszuweisen, daß nicht alle heil davonkamen. Der am Vorderwagen Hängende kam mit dem Schreden davon, der am Anhänger konnte nicht auf den Bürgersteig fahren und stürzte. Sein Rad wurde vom Wagen erfasst und demoliert. Der junge Mann warf sich auf die entgegengesetzte Seite und entging so dem sicheren Ueberfahrenwerden.

* Rößchenbroda. Die Hirtin aus dem Leben. Am Dienstag wurde in einem Waldchen an der Bahnlinie Niederwartha-Randorf eine in den sechziger Jahren lebende weißliche Person an einem Baum erhängt aufgefunden. Die Persönlichkeit der Toten, die sich ohne Zweifel selbst das Leben genommen hatte, ist unbekannt.

* Radebeul. Bürgermeister a. D. Robert Werner-Radebeul 7. Dienstag abend gegen 10 Uhr verschied im Friedrichshäuser Krankenhaus in Dresden der langjährige Gemeindevorstand und spätere Bürgermeister von Radebeul, Herr Robert Werner, an den Folgen eines zweiten Schlaganfalls. Bürgermeister Werner stand im 70. Lebensjahr. Vom 1. Februar 1894 bis 30. Dezember 1927 stand Bürgermeister Werner dem Gemeinde-Radebeul zunächst als Gemeindevorstand und nach Erhebung derselben zur Stadt als Bürgermeister vor. Unter seiner Amtsführung erbaute die Gemeinde im Jahre 1900 das Rathaus, 1906 wurde seiner Leitung die Vereinigung der beiden Gemeinden Radebeul und Gertowitz herbeigeführt. Seine Verdienste wurden durch seine Ernennung zum Ehrenbürger von Radebeul bei seinem Tode aus dem Amte anerkannt. Mit Bürgermeister Werner wird der erste berufsmäßige Bürgermeister der Gemeinde Radebeul der Gemeinde und ein stiftiger Vertreter der Idee einer Vereinigung sämtlicher Radebeuler zu einem Gemeinwesen zu Grabe getragen.

* Dresden. Todesfall. Am Dienstag verstarb in Dresden nach längerem Leiden der kausmännische Direktor der Gasversorgung Ostasien H.-O. Otto Haupt, im Alter von 43 Jahren.

* Dresden. Rettung. Schwundigkeitskontrolle gegen ein schnell fahrendes Kraftfahrzeug. Seitens des Polizeivollzugs wird mitgeteilt: Trotz der Abnahme des Verkehrsvolumens ist die Verkehrssicherheit im Stadtgebiet erheblich. Sie werden, wie die statistischen Beobachtungen ergeben haben, zum größten Teil durch rücksichtslos, aber auch schnell fahrende Kraftfahrzeuge hervorgerufen. Das Polizeivollzugsamt wird daher in der nächsten Zeit wieder vermehrte Schwundigkeitskontrollen vornehmen. Jede Uebertretung der beschriebenen Verkehrsregeln, die aus Zeit im Stadtgebiet der Kraftfahrzeugen die zu hoch kommen Gesamtgeschwindigkeit noch 25 Stundenkilometer betrage, werden unmissverständlich geahndet werden.

* Dresden. Verkehrsunfall. An der Faiselstraße wurde gestern vormittag ein 55 Jahre alter Schenkerer, der die Straße an der Kreuzung des Schenkerer Wollens, von einem Kraftwagen angefahren und getötet. Andere Personen mußten den Unfall sehen, der den Unfall nicht bemerkt hatte, war darauf aufmerksam gemacht, daß er seinen Wagen eine verunglückte Person lag die Schenkerer Straße nach der Faiselstraße.

* Dresden. Einbecker an der Arbeit. Gestern nach Mittags unbekannter Täter die Schenkererstraße eines Postkutschens und tötete einen Mann.

Die Wirtschaftslage vor dem Völkerbundsrat.

Genf. (Funkpr.) Der Völkerbundsrat hat in der heutigen öffentlichen Sitzung zunächst zu dem bereits veröffentlichen Bericht des Wirtschaftskomitees Stellung genommen, dem insofern eine gewisse Bedeutung zukommt, als hier zum 1. Male von einem Organ des Völkerbundes mit gewisser Offenheit darauf hingewiesen wird, daß die schlechte Wirtschaftslage in der Welt ihren Hauptgrund in den unregelmäßigen finanziellen Beziehungen der Länder habe. Der Bericht des Wirtschaftskomitees zeichnet die Hindernisse auf, die der internationale Handel durch die von den Regierungen getroffenen Krisenmaßnahmen erfährt, erörtert dann die Verhinderung der Krise durch die Störungen auf dem Kapitalmarkt und schildert sehr eindrucksvoll die wechselseitigen Beziehungen zwischen dem internationalen Warenaustausch und den Vorgängen auf dem finanziellen Gebiet.

Der deutsche Vertreter im Rat, Herr Dr. Meißner, empfahl als Berichterstatter die Annahme. Das Wirtschaftskomitee habe, so erklärte er, mit vorbildlicher Klarheit die gegenseitige Abhängigkeit des internationalen Handels und der internationalen Finanzbeziehungen hervorgehoben. Der deutsche Vertreter zitierte die Stelle im Bericht, wo festgestellt wird, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Schuldverhältnisse ihrer Verpflichtungen nur durch eine Regelung ihrer Ausfuhr nachkommen können, was aber nicht möglich sei, weil die Gläubigerländer immer größere Hindernisse für den Einfuhr einlegen. Dazu bemerkte Herr Dr. Meißner, daß nach diesen elementaren Tatsachen zu handeln, verhindern die Gläubigerländer bei sich die Einfuhr von Waren aus ihren Schuldverhältnissen.

Die Gläubiger wollen dadurch ihre heimische Produktion schützen, aber sie verhindern gleichzeitig die Schuldner, ihre Schulden zu bezahlen. In dem Augenblick, wo die Forderungen des Wirtschaftskomitees allgemein anerkannt werden und die Regierungen einverstanden sind, daraus die Konsequenzen zu ziehen, wird sich ein Ausweg und der gegenseitigen Krise zeigen. Er schloß mit dem Hinweis auf die Bestimmung des Komitees, daß er nicht in der Lage sei, praktische Vorschläge für die Gestaltung der internationalen Handelspolitik zu machen, so lange nicht die großen internationalen Finanzfragen gelöst und der finanzielle Druck beseitigt seien.

Der Vertreter Großbritanniens, Lord Cecil, stimmte den Ausführungen des deutschen Vertreters zu. Auch der Vertreter Italiens, Maffei, unterließ die Feststellungen des Wirtschaftskomitees. Der Vertreter Chinas, Wen, benutzte die Gelegenheit, um auf die Wirten in China hinzuweisen. Es liegt im Interesse der Welt, daß der Sinesisch-japanische Konflikt, der die wirtschaftliche Entwicklung Chinas lähmt, beseitigt werde.

Auf Vorschlag des deutschen Vertreters beschloß der Völkerbundsrat, dem Rat mit den Bemerkungen, die von dem einzelnen Mitgliedsmitgliedern dazu gemacht worden sind, anzunehmen und die Aufmerksamkeit der Regierungen insbesondere auf das Kapital über den Einfluß der internationalen Finanzfragen auf den internationalen Handel zu lenken.

Wiesbaden. Der Junge ist bereits durch eine ganze Anzahl Privatnoten den Schulen und der Polizei in unangenehmer Erinnerung. Wie er anhielt, hat er plötzlich abends das Bedauern verspürt, den Friedhof zu besuchen und Grabdenkmäler zu beschädigen und umzumachen. Nachdem er zwei Grabdenkmäler hatte, eine er nach der Urnenhalle, um hier eine Urne zu öffnen, weil er Menschenasche sich ansehen wollte. Aus einem Sockel eines unregelmäßig verfallenen Grabdenkmals entnahm er ein Aischengäßchen und verstaute es mit einem Stein aufzuschlagen. Am Tatort fand man Kigaretten und Streichhölzer, die der Suche im ältesten Hause entwendet hatte.

Kriegsbeschädigtenausfluß des Reichstages.
Berlin. (Funkpr.) Der Reichstagsausfluß der Kriegsbeschädigtenfragen beschloß einstimmig auf Grund eines interfraktionellen Antrages, die Reichsregierung zu ersuchen, die Erziehungsbefreiungen möglichst bald wieder auf die alten Maße zu erhöhen und in dringenden Fällen diese Erhöhung schon von jetzt ab wieder zu gewähren. Im übrigen erbat er die Rücksicht auf eine große Zahl von Kriegsgeldern. Er vertagte sich sodann auf den 18. Februar.

Ges. Bedenkliche Ausgrabung. Wie berichtet wird, sind durch Ausgrabungen auf der alten Kaiserburg, die seit längerer Zeit vorgenommen werden, die Grundmauern eines neben der alten Kaiserburg stehenden Gebäudes, das den Burggärten zur Wohnung diente, freigelegt worden. Ein mit Steinfliesen belegter Saal samt Erker zeigt auch noch die gut erhaltenen Überreste eines Ofens. Es handelt sich um das Gemach, in dem im Februar 1834 die Generale Wallenstein, Zerbin, Rintow und Mo sowie Ritterkammermann von den Schergen Ferdinands II. niedergemetzelt worden sind.

Die Kontingentierung der deutschen Elektro-Einfuhr nach Frankreich.

Berlin. (Funkpr.) In den letzten Tagen hat man sich, wie wir hören, über eine umfassende Kontingentierung der deutschen Elektro-Einfuhr nach Frankreich geeinigt, wobei im Prinzip das Jahr 1931 als das Optimum der freien Elektro-Einfuhr nach diesem Lande angesehen wird. Das deutsche Kontingent wird unter Aufrechterhaltung des prozentualen Anteiles am französischen Markte nach dem Beschäftigungsstand der entsprechenden französischen Industriezweige festgelegt werden. Bei diesen Abkommen, in das auch das Saargebiet mit einbezogen ist, sind für das erste Vierteljahr 1932 Abschlüsse vorgezogen, die zwischen 10 und 30 Prozent liegen.

Im Jahre 1931 betrug die freie Einfuhr in elektrischen Artikeln nach Frankreich 36 Millionen RM. Die Kontingentierung beschränkt sich vorläufig auf Maschinen, Transformator sowie andere Apparate einschließlich Infrarotmaterial, Koch- und Heizgeräte, Staubsauger usw. Die bisherigen privaten Vereinbarungen der deutschen Industrie mit französischen Partnern laufen weiter. Auf andere Länder darf die Kontingentierung nur nach Verhandlungen mit Deutschland und nur nach denselben Grundlagen erfolgen. Etwasige Streitigkeiten sollen durch Schiedsgerichte erledigt werden. Voraussetzungen sind die französische Zollbelastung für den Gesamtimport dieses Abkommens während der Dauer des deutsch-französischen Handelsvertrages nicht erhöht werden.

Die falsche französische Rechnung über die Wiederaufbautkosten.

Berlin. (Funkpr.) Zu den heute von der Agentur Davao in Erwiderung auf einen Artikel der „Wirtschaftlichen Zeitung“ veröffentlichten Zahlen über die französischen Wiederaufbautkosten wird in diesem politischen Kreise darauf hingewiesen, daß von deutscher Seite niemals behauptet worden ist, die Gesamtschäden Frankreichs betrügen 80 Milliarden Goldfrancs. Vielmehr wurde lediglich immer wieder festgestellt, daß Deutschland entsprechend der Bestimmungen der Pariser-Noten nur zum Ersatz der privaten Schäden verpflichtet ist, und daß diese privaten Schäden etwa 30 Milliarden Francs betragen. In den von Davao heute wieder genannten 97,3 Milliarden Francs Wiederaufbautkosten im französischen Budget sind aber 5,8 Milliarden für Schäden an öffentlichem Eigentum und 12,5 Milliarden für Verwaltungskosten und Zinsen enthalten, mit denen Deutschland nicht belastet werden kann. Die eigentlichen privaten Schadenshöhen werden, entsprechend den deutschen Feststellungen, mit rund 60 Milliarden beziffert. Im übrigen ist an der heutigen Davao-Erklärung bemerkenswert, daß man von der getrennt in der französischen Presse aufgestellten Zahlennotiz, bei der die Wiederaufbautkosten auf 200 Milliarden berechnet wurden, heute nicht mehr spricht, sondern sich an Davao hält, die einigermaßen im Rahmen von Diskussionsmöglichkeiten liegen.

Wenn am Schluß der Davao-Erklärung erneut von Rechnungsablegen der Reparationskommission und der Dank für internationale Zahlungsausgleich als den allein gültigen rechtlichen Grundlagen gesprochen wird und danach die deutschen Reparationsleistungen auf rund 5,2 Milliarden Reichsmark beziffert werden, so kann demgegenüber, wie in politischen Kreisen mit allem Nachdruck betont wird, immer nur festgestellt werden, daß Deutschland diese Zahlen der Reparationskommission unter keinen Umständen als eine diskussionsfähige Basis ansehen kann. Diese Zahlen stehen nicht nur im Widerspruch zu den deutschen Berechnungen, sondern liegen auch sehr erheblich unter den Berechnungen aktiver Sachverständiger, so beispielsweise des amerikanischen Instituts of economic and des englischen National-Bankers Reynes.

Wabe bei Bräunung.

Berlin. (Funkpr.) Reichstagspräsident Brüning wird heute dem Reichsminister Dr. Brüning einen Besuch ablegen. Wie wir hören, geschieht das aber nicht aus einem politischen Anlaß, sondern es handelt sich um einen persönlichen Besuch, wie er unter befreundeten Politikern üblich ist. Trotzdem wird man annehmen können, daß im Laufe des Besuchs auch die Frage einer vorzeitigen Einberufung des Reichstages gestellt werden wird. Einberufungsdirekt hätte diese Frage jedoch nicht sein, da die weitere Entwicklung der außenpolitischen Lage, namentlich der Reparationsfrage, noch immer nicht zu übersehen ist.

Gemeindevorordnetenversammlung in Vöhrta.

In der Schule zu Vöhrta fand am Montag, den 26. Jan., abends 8 Uhr die erste diesjährige Sitzung der Gemeindevorordneten statt und fand im Rahmen der Sitzung eine langjährige Gemeindevorordneten. Erhielten waren sämtliche Mitglieder des Kollegiums, sowie die Vertreter der Schulmutter und Damen und Herren aus der Bürgererschaft. Der Vizebürgermeister sprach über die Tätigkeit der Gemeindevorordneten und dankte für das Erscheinen, sowie für die Anteilnahme an dieser Feierstunde. In warmen Worten gedachte er des Jubilars Herrn Richard Krug und schloß seine Rede mit folgenden Worten ab: Wenn eine Gemeinde gut verwaltet wird, so wird das Verdienst gewöhnlich nur dem Leiter der Gemeinde zuerkannt. Dies geschieht, wenn bei besonderen Gelegenheiten das Gedächtnis der Gemeinde gesprochen wird. Von den Persönlichkeiten, die neben dem Vorstand an den Geschicken der Gemeinde regen Anteil haben, wird gewöhnlich nicht gesprochen. Um so mehr sei es Pflicht des Bürgermeisters, bei Anlässen wie des heutigen seiner Mitarbeiter zu gedenken. Es fragte sich, seitdem in Gemeinde und Schule Herr Krug als Vertreter gewirkt und nebenbei das Amt des Gemeindevorstehers, des Stellvertreters Bürgermeisters und des Vorsitzenden des Schulvorstandes zeitweise innegehabt hat. Wird dessen Tätigkeit zusammengefaßt, so muß auch das Lob auf unsern Jubilar ausgedehnt werden. Dem Bürgermeister sei daher die heutige Feier eine willkommene Gelegenheit, die Verdienste des Jubilars gedenkend zu würdigen. Mit Gedächtnis und Dank habe er seine Obliegenheiten erledigt. In seinem Handeln sei ihm das Wohl der Gemeinde und Schule immer die Richtschnur gewesen. Für dieses gute Wirken zum Besten der Gemeinde und Schule sprach Redner namens der Gemeindevorverwaltung und Bürgererschaft dem Jubilar den besten Dank aus. Im Namen der Amtshauptmannschaft Großschauen überreichte er nun dem Jubilar eine Ehrenurkunde und als äußeres Zeichen der Dankbarkeit namens der Gemeinde die Vöhrta ein Geschenk. Zum Schluß dankte er den Jubilar, noch lange in derselben Weise tätig zu sein für unsere Gemeinde. Mit einem dreifachen Hoch auf den Jubilar schloß Bürgermeister Gantner seine Ausführungen.

Der Leiter der Schule sprach für den Schulmutter und würdigte die Arbeit auf weite Sicht, die Herr Krug die langen Jahre zum Besten der Schule geleistet hat. Großer Anteil gebührt dem Jubilar an dem Jubiläumskommunen unter dessen leuchtendem Schutze und dessen Ausstattung, welche vergrößert wurde, um die Schule im Ort zu erhalten; dafür gedachte dem Jubilar heute großer Dank.

Herr Adam sprach für die Gemeindevorordneten dem Jubilar die Anerkennung aus, und wünschte, noch lange mit ihm in gemeinsamer Arbeit tätig zu sein.

Der Jubilar, Herr Krug, ergriff dankend das Wort und dankte für die Ehrung der Amtshauptmannschaft Großschauen und der Gemeinde Vöhrta. — Damit hatte die würdige Feier ihr Ende erreicht.

Herr Bürgermeister Gantner gedachte der schweren Aufgaben, die im Jahre 1932 der Verwaltung und der Gemeindevorordneten barren. Er gab einen Überblick über den heutigen Stand der Gemeindevorordneten. 88 Prozent der 870 Einwohner zählenden Gemeinde sind auf Unterhaltung angewiesen. 708 Mark sind im Vormonat an Wohlfahrtsvereinen, Sozialrentner und Kleinrentner ausbezahlt worden.

Als Gemeindevorordnetenvorsteher wurde Herr Bürgermeister Gantner, als Stellv. Herr Richard Krug, als Schriftführer Herr Dr. Pospieschke und als Stellv. Herr Max Wend einstimmig wiedergewählt.

Zahlungseinstellung der Genfer Handelsbank.

Brüssel. Die Genfer Handelsbank, die 40 Niederlassungen besitzt, hat ihre Schalter geschlossen. Es verlautet, daß das Kapital von 40 Millionen Franken verloren ist. Die Bank verfügt über Einlagen in Höhe von 100 Millionen Franken.

Gestohlen wurden ein Lederkoffer sowie Zigaretten und Sigaretten. Außerdem wurde in der Leipziger Straße die Scheibe einer Musikantenhandlung eingeschlagen und mehrere Musikanten gestohlen. — Am Dienstag wurden von der Polizei ein 48 Jahre alter Fuhrerunternehmer und ein 28 Jahre alter Elektrotechniker festgenommen, die bei einem nächtlichen Einbruch auf der Leipziger Straße Geld, Gold und Schmuck gestohlen hatten. Das gestohlene Diebesgut, das die Täter auf einem Kraftwagen weggebracht und verkauft hatten, konnte wieder herbeigeschafft werden. — Ein Geschäftsmann in Dobruja überfiel in der Nacht zum Montag in seinem Keller zwei Eindringler, die sofort auf ihn eindrangen. Obwohl er sich zur Wehre setzte, gelang es beiden Durchdringen zu erlangen. Man ist ihnen jedoch bereits auf der Spur.

Bauern. Wegen Rinderstörung verurteilt. Das Bauerngericht Schwerin verurteilte die 25 Jahre alte ledige Frau S. S. wegen Rinderstörung zu 1 Jahr Gefängnis. Die Angeklagte hatte am 22. August v. J. ihr uneheliches Kind nach der Geburt gestohlen.

Leipzig. Töchter Verkehrsunfall in Süßhena. Am Dienstag gegen 19 Uhr war auf der Hauptstraße nach Süßhena der 71 Jahre alte Kartograph Reinhold Händel aus Süßhena von einem Kraftwagen angefahren worden. Mit schweren Kopfverletzungen, einer Gehirnerschütterung und Hinfällen wurde er in bedenklichem Zustande aufgefunden und mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht. Dort ist er kurz darauf an seinen Verletzungen gestorben.

Taura. Eine gesunde Wagnis. Dieser Tage konnte hier Frau Johanna Christiane Reing ihren 90. Geburtstag feiern. In Taura wohnen 5 Personen, die 90 und mehr Jahre alt sind.

Walsdorf. Unter der Aufsicht des schweren Banditenführers. In der Nacht zum 9. Januar d. J. hat, wie erinnerlich, der Besitzer einer Wohnwirtschaft unterhalb der Götterhölde, in Notwehr auf drei Männer, die nach einer Schlägerei gewalttätig in das Lokal einbringen versuchten, geschossen und die Eindringlinge ziemlich erheblich verletzt, so daß sie in das Krankenhaus nach Meisenbach hatten gebracht werden müssen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Wernitz sind jetzt die drei Männer, die Banditenführer, Spinder und Kraus aus Meisenbach in das Gerichtsgefängnis nach Greiz übergeführt worden. Sie haben sich wegen schweren Landfriedensbruchs zu verantworten.

Oberlunawitz. Verkehrsunfall infolge Straßenplatt. Infolge plötzlicher Eisesam an der Mittelbacher Berg ein Dresdner Lastkraftwagen ins Schlingensiefel und stürzte um. Fahrer und Beifahrer wurden mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Die aus Sockelade und Futterwaren bestehende Ladung des Wagens wurde auf die Straße geschleudert.

Zwickau. Schadenfeuer. Am Montagabend brannte in Unterhörsdorf das Wohnhaus des Wagners Alfred Breitwieser vollkommen nieder. Es konnte nur wenig gerettet werden. Die Familie des Besitzers wurde obdachlos. Der Schaden ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt.

Limbach. Staatliche Volkshilfsunterstützung. Wie der Teleson-Sachverständigen von ausländischer Stelle erzählt, haben in Limbach die politischen Unruhen einen Umsturz angebracht, daß die politischen Kräfte der Stadt nicht mehr ausreichten, die Ruhe und Ordnung zu sichern. Aus diesem Grunde sind dem dortigen Bürgermeister, der der SPD angehört, ein Volkshilfsleiter und mehrere Volkshilfsleiter zur Verfügung gestellt worden. Bekanntlich wurde kürzlich in Limbach ein Nationalsozialist ermordet.

Wdr. Die nationalsozialistischen Stadtverordneten freigelassen. Am Dienstag fand hier die Verhandlung über den Haftbefehl der beiden Nationalsozialistischen Schulleiter Kurt Rink und Kurt Heng statt. Die Verhandlung war nicht öffentlich und wurde vom Amtsgerichtsrat Reinhold geleitet. Der erste Staatsanwalt Dr. Schausch-Blauen vertrat die Anklagebehörde. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, die Angeklagten in Freiheit gesetzt. Auf dem Marktplatz hatten sich aber 1000 Personen angesammelt, so daß sich die Behörde veranlaßt sah, Polizei aus Radebiel herbeizurufen, die auf schnellstem Wege in zwei großen Lokautos zur Stelle war und den Marktplatz säuberte.

Mühlau. Urteil wegen fahrlässiger Tötung. Am 2. September 1931 kam es an der bleibigen Staatsstraßenkreuzung zu einem folgenschweren Unfall zwischen einem Dieselmotorwagen und einem Motorradfahrer. Bei diesem Unfall wurde der Motorradfahrer, ein vierzigjähriger Arbeiter, an eine Zementkugel geworfen, wodurch er bald nach dem Unfall starb. Der Fahrer des Wagens hatte sich nicht vor dem Durchfahren des Schuttfeldes zu verantworten. Er wurde, da auch dem verstorbenen Motorradfahrer ein Teil Schuld nachgewiesen werden konnte, an Stelle einer sich verwirkten Gefängnisstrafe von 1 Monat zu 180 Mark Geldstrafe verurteilt.

Crinitzschau. Erfolgreiche Geldhändler. In der Nacht zum Dienstag drangen Eindringler in den Klassenraum eines nächtlichen Betriebs ein und versuchten den Geldschrank zu öffnen. Nach Lage der Dinge kommen nur „Spezialisten“ in Frage. Es ist anzunehmen, daß sie bei ihrer „Arbeit“ gestört worden sind, da nichts gestohlen und der Schrank am Morgen noch verschlossen war.

Langenau. Durchgehendes Pferd. Auf dem hohenflügeligen Berg ging am Sonntag ein Götter Gutsbesitzer, der im 70. Lebensjahre steht, das Pferd mit dem Wagen durch. Der alte Mann wurde vom Wagen geschleudert und erlitt Kopfverletzungen. Das Pferd kam später zum Sturz, ehe es größere Unheil angerichtet hatte.

Zorgau. Die Stadt Zorgau kann sich rühmen, in einer Hinsicht die „größte Garnison der Welt“ zu besitzen: Einem ihrer Mitbürger, dem Schulmuttermeister Bruno Richter, gehört nämlich die umfangreiche Bannsoldatenarmee der Erde. Er verfügt über nicht weniger als 18000 Bannsoldaten, das gesamte preußische Gardekorps: 11 Infanterie-Regimenter, 40 Schwadronen Kavallerie, 8 Bataillone Artillerie, 1 Maschinengewehrbatterie, Garderegiment, Gardebataillon, Train, Wioniere, das Kaiserregiment 12, das früher in Zorgau garnisonierte, usw. Sein Bruder, der Regimentsführer Otto Richter in Zorgau, besitzt 8000 Bannsoldaten des ehemaligen 4. Reservekorps. Unter diesen beiden Sammlern gibt es in Zorgau, auch Klein-Bannnamen genannt, noch eine ganze Reihe Sammler, die auch sehr interessante Bannsoldatenformationen besitzen. Damit wird der Rekord des englischen Marineleutnants Charnock, dem die Presse kürzlich nachschmeichelt, er sei mit 10000 Bannsoldaten der größten Bannsoldatenarmee der Welt, geschlagen.

Walsdorf. Ein gefährlicher Schwann. Ein diebischer Schwann geriet mit seinem Frau in Wortweide, wobei er mit einem Beil auf sie losging. Der Schwann, den die Frau abwehrte, ging glücklicherweise fehl, worauf der Mann ein feilendes Messer hervorzog und der Frau drei Stiche in den Rücken beibrachte, die jedoch nicht lebensgefährlich sind. Nach der Tat flüchtete er, hielt sich aber kurze Zeit darauf freiwillig der Polizei. Verhaftungsmomente sollen ihn zu dem Streik und zur Tat veranlaßt haben.

Wernitz. Der Schwann erwischt. Ein Schwann, der Schwandlungen auf dem Gebiet in dem Wernitz haben ihre Auflösung gelitten. Bei dem Täter handelt es sich um einen 14-jährigen Schulknaben aus

Die Katastrophe der M II.

Wieder einmal schrien die Telefone und Telegraphen die entsetzliche Nachricht in die Welt hinaus: „Ein Unterseeboot gesunken! 54 Menschenleben in Gefahr!“ Unter Volldampf laufen aus den englischen Kriegshäfen die Such- und Hilfsboote aus, um die Lage des gesunkenen Bootes M II festzustellen, um Taucher auf den Meeresgrund hinunterzulassen, um die im Bauch des gesunkenen Schiffes eingeschlossenen Unglücklichen zu befreien.

Erinnerungen tauchen beim Lesen der Meldung vom Untergang der M II auf: an den September des Jahres 1925, in dem das amerikanische Tauchboot S 51 von der „City of Rome“ gerammt wurde und mit 24 Mann Besatzung auf den Meeresboden ging. Tagelang wartete eine ganze Welt auf die Befreiung der Männer, die 30 Meter tief unter der Meeresoberfläche eingeschlossen waren in den engen Stahlfammern des Bootes. Tag und Nacht gingen Taucher hinunter auf den Grund und arbeiteten bis zur Erschöpfung, um zu retten und zu helfen — und schließlich konnten von 24 nur 3 Menschen geborgen werden.

Die M II ist von jeder in der englischen Flotte als Uglücksschiff betrachtet worden. 1918 erbaut, hat sie verschiedene Mängel aufzuweisen, obwohl sie 48 Stunden ununterbrochen unter Wasser bleiben konnte. Sie ist mit den modernsten Rettungsgeräten ausgerüstet und bekämpft

mit einer 7,5-Zentimeter-Kanone, zwei Maschinengewehren und einem Torpedolancierrohr mit einem Durchmesser von 45 Zentimetern. Ihr Schweregeschütz, die M II, ist 1925 schon gesunken, wobei die gesamte Besatzung in Stärke von 68 Mann ums Leben kam.

In dem Augenblick, in dem diese Bellen geschrieben werden, ist noch nicht abzusehen, ob diese entsetzliche Tragödie sich wiederholen wird oder ob nicht doch noch eine Rettung der Besatzung möglich ist. Trotzdem aber entsteht auch heute wieder die Frage, ob der Kampfwert der Unterseeboote wirklich so groß ist, daß die ununterbrochenen Opfer an Menschenleben bei den Uebungsfahrten im Frieden durch ihn auch nur annähernd gerechtfertigt werden.

M II immer noch nicht gefunden.

London. (Funknachr.) Die Hoffnung, das verlorene U-Boot M II noch rechtzeitig bergen zu können, schwindet mehr und mehr. Die Nachforschungen sind während der ganzen Nacht mit höchstem Eifer fortgesetzt worden, blieben aber ohne jeglichen Erfolg.

Das Trauertelegramm an die Frauen der Besatzung von M II.

London. Die Oberbefehlshaber der Angehörigen der Besatzung des M II haben folgendes amtliche Telegramm

erhalten: „Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Ihr Mann vermißt wird, und wir befürchten, daß er im Unterseeboot M II, das wahrscheinlich vor Westland unterging, ums Leben gekommen ist.“

Keine Aussicht auf Rettung der U-Boot-Mannschaft.

London. Die Hoffnung, die Mannschaft des untergegangenen Unterseebootes „M II“ noch retten zu können, ist nunmehr so gut wie aufgegeben worden. Die die Unmöglichkeit am Mittwoch noch läßt abends mitteilte, haben die Minenboote zwei weitere Gegenstände auf dem Meeresgrund festgestellt. Es wurden verschiedene Taucher heruntergelassen. Infolge der hohen Flut gelang es jedoch keinem der Taucher, den Meeresgrund zu erreichen. Am Mittwoch abend ging das Minenbootschiff „Edinburgh“, das mit den modernsten Tauchereinrichtungen versehen ist, mit mehreren Tauchern an Bord von Portsmouth in See, um die Taucherversuche während der Nacht fortzusetzen.

Nach den letzten Nachrichten scheint festzustellen, daß sich an Bord des untergegangenen Unterseebootes 7 Offiziere einschließlich zweier Stiegeoffiziere und 53 Mann befinden.

Amtliches

In das hiesige Handelsregister ist am 28. Januar 1932 eingetragen worden auf Blatt 43, betr. die Firma F. S. Veilcke in Riesa: Die Firma ist erloschen.

Umsatzgericht Riesa, den 28. Januar 1932.

Freitag, den 29. Januar, nachmittags 2.30 Uhr soll in Riesa, Osthof, 1 Büfett versteigert werden. Riesa, am 28. Januar 1932.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Schuttabladepflege.

Zum Zwecke einer baldigen Ausführung des Schuttabladepfleges in der früheren Formstandarde auf dem städtischen Sportplatz gestalten wir hiermit, auf diesem Schuttabladepflege auch Bauabru, Ausschachtungs- und sonstige Bodenmassen abzulagern. Die Ablagerung dieser Massen kann gleichfalls an den hierzu freigegebenen Zeiten (Mittwochs und Freitags nachmittags) geschehen.

Aus dem eingangs genannten Grunde bitten wir gleichzeitig alle übrigen Einwohner, Schutt und Abfälle von ihren Grundstücken bis auf Weiteres tunlichst nur nach dem genannten Schuttabladepflege abzuführen.

Riesa, am 27. Januar 1932.

Der Rat der Stadt Riesa.

Freibank Heyda.

Freitag, den 29. Januar, vormittags 9 Uhr freies Hindfleisch. Pfund 40 Pfg.

Freibank Bahra.

Freitag nachmittag 2 Uhr Hindfleischverkauf. Pfund 40 Pfg.

Reste

und Abschnitte sehr billig zeigt Ihnen ein Schau-fenster Fritz Kretzschmar am Durchgang

1 Doken billiger Fahrrad-Gummi kommt Freitag und Sonnabend zum Verkauf.

L. Winkler, Hauptstraße 59.

Gasthof Tiefenau

Sonnabend, d. 30. u. Sonntag, d. 31. Jan.

Vodkierfest und Ballmusik.

Es laden freundlich ein O. Seidel und Frau.

Verkaufe morgen Freitag von 10-2 Uhr in „Stadt Leipzig“ die letzten Hasen. Schinken, Schinken, Schinken.

Brennholz

Ruhezeit 2 m lg., ab Wald Nähe Gohlis, hat billig abgegeben

Raumann, Holzhandlung Reibhain-Lager.

Kräftiges Roggenbrot

2. Sorte 4 Pfd. 60 Pfg. u. Rabatt empfiehlt

Bäckerei Paul Haugl Meißner Straße 28.

Freitag, den 29. Januar im Hauptgeschäft und Sonnabend, d. 30. Januar im Zweiggeschäft

Prodeloden von Kalkreiner Kolonialware und Kalkreiner von Eiche-Kommissbrot.

Ernst Schäfer Nachf. Spinat, Pfd. 10 Pfg. Rabanus Rosenkohl, 2 Pfd. 35 Pfg. Kartoffeln, Hauptstr. 5.

Weine vom Saß

ab Donnerstag, 27. Januar 1932

- Johannisbeertwein, rot . Pfr. 0.80
- Heidelbeertwein Pfr. 0.90
- Erdbeertwein Pfr. 1.10
- Zaragona, rot, lohfarb. Pfr. 1.25

Flaschen werden gefüllt, Befüllung frei Haus!

Alfred Otto, Riesa-Gröba Sandhammerstraße 9, Telefon 254

200. Sächs. Landes-Lotterie

Ziehung 4. Klasse 1., 2. und 3. Februar 1932

Die Ausbändigung der Lose 4. Klasse ist nur gegen Vorlegung der entsprechenden 3. Klassenlose zulässig.

Staatslotterie - Einnahme **Eduard Selberlich** Hauptstr. 89 - Gegr. 1886

Seimatant-Geldlotterie Los 1.-RM. Ziehung Übermorgen u. Montag.

3-Zimmerwohnung sofort zu verm. Kinderl. Ebeapar od. berufstätiges Fräulein bevorzugt. Su. erfr. im Tagel. Riesa.

3-od-4-Zimm.-Wohnung zu mieten gesucht. Angabe des Mietpreises erwünscht. Angeb. n. E 1923 an das Tagesblatt Riesa.

Laden (beste Lage) u. Spezialgeschäft zu miet. gesucht. Offert. mit. D 1922 an das Tagesblatt Riesa.

Suche Lagerraum 30-50 qm evtl. Wohnung m. Laden. Lage gleich. Off. u. B 1920 an das Tagesblatt Riesa.

18jähriges Mädchen vom Lande sucht Stelle in Riesaer Gegend. Bin zu allen Arbeit. bereit. Angeb. u. C 1921 a. d. Tagel. Riesa.

1 Stillerlehrling stellt Eltern mit Kost und Wohnung im Hause ein Max Rabat, Tischlermstr., Döbischw. Badentafel und Tisch zu verkauf. Goethestr. 20.

Zur Hochzeit allen Festen u. Gelegenheiten fertig Heben, Gedichte, Prologer usw. Schnellstens an Heim-Verlag, Adolfszell Baden-Badensee.

Chaiselongue extra groß, gut erb. preisw. a. perf. Gröba, Wehstr. 4, 2. r.

Aus Hamb. Großbräuherei wieder frisch eingetroffen: ger. Schokolade 1/2 Pfd. 10 Pfg. ger. Schokolade 1/2 Pfd. 15 Pfg. ger. Nougat 1/2 Pfd. 15 Pfg. ger. Nougat 1/2 Pfd. 15 Pfg. ger. Nougat 1/2 Pfd. 15 Pfg.

Marktstraße, Hauptstr. 5. Rosenkohl Pfd. 18 Pfg. Bräntfobl Pfd. 12 Pfg. Spinat Pfd. 10 Pfg. Karotten, Blumenkohl ferner: Bräntfobl, 4-Str., Dose 1.75. Bräntfobl, 2-Str., Dose 0.63. Erdbeeren, 2-Str., Dose 0.74. Orange in Gelbe, 2-Str., Dose 0.75. La Apfelsinen, 5 Pfd. nur 1.-RM. empfiehlt Zloger, Bahnhofstr. 20.

Starke Hasen im Fell, geputzt, geteilt, pa. lebende Karpen in jeder Größe bis 5 Pfund schwer, lebende Schleie empfiehlt

Carl Zieger, Gröba. Gutes Wiesenheu Quetschbrot Gähel Weichbrot Weichbrot Roggenbröckchen Weizenbrot Weizenbrot

Nochmals

- ganz bedeutend herabgesetzte Preise meiner Fabrikate in bekannter unveränd. Qual.:
- Anis-Drops, sehr wirksam jetzt 1/2 Pfd. nur -25
 - Fenchel-Drops, vorzüglich bei Husten jetzt 1/2 Pfd. nur -25
 - Hätschen-Prälinen, verschied. Geschmack jetzt 1/2 Pfd. nur -30
 - Schokoladen-Pflätzchen, glatt und bestreut jetzt 1/2 Pfd. nur -40
 - Schokolad.-Salz.-Bonnen, hübsig gefüllt jetzt 1/2 Pfd. nur -45
 - Persipan-Kartoffeln, stets frisch jetzt 1/2 Pfd. nur -50
 - Datteln, ohne Stein, m. Schokolade überzogen jetzt 1/2 Pfd. nur -50
 - Fürst Pfläder, ganz delikat jetzt 1/2 Pfd. nur -70
 - Haselnüsse, m. Schok. überzogen jetzt 1/2 Pfd. nur -80
 - Vollmilch-Schokolade, 100g in Stanniol u. Etikett jetzt 1 Tafel nur -20
 - Riack-Schokolade, i. Stanniol und Etikett jetzt 1 Pfd. nur -85
 - Marzipan-Masse, garantiert rein Mandel und Zucker 1/2 Pfd. nur -30
- Außerdem
- 6 Tage-Sonder-Angebot:**
- 1/2 Pfd. Jentzsch-Kakao und 1/2 Pfd. Mürbgebäck zusammen nur -50
 - 1/2 Pfd. Bohnen-Kaffee und 1/2 Pfd. Mürbgebäck und 1 Ttl. Vollmilch 100 g zusammen nur -95
- Schok.-Wilhelm Jentzsch** Gegr. 1900 Fabrik-Verkaufsstelle: Riesa, Hauptstraße 81.

Hotel Deutsches Haus Am Sonnabend und Sonntag

Schlachtfest Musikalische Unterhaltung.

Gasthof Zschöllau Sonnabend, 6. Februar der beliebte öffentl. Maskenball mit Prämierung. Karten im Vorverkauf 80 Pfg., an der Abendkasse 1.00 RM., inkl. Steuer. Um gütige Unterstüzung bittet H. verzo, Riesa.

Bei Trauerfällen finden Sie Damen-Mäntel, Kleider, Blusen, Röcke, Artikel u. Herrenkleidung in besonders gopfligter Auswahl zu niedrigsten Preisen bei

Franz Heinze

Achtung Radfahrer! Von Freitag bis Montag billige Gummitage Decken 1.75 RM., Schläuche 0.75 RM., auf alle anderen 10%, Rabatt.

Fahrradhaus M. Müller, Goethestraße 37 Täglich ein abgebrauchtes Damenrad.

Western früh 10 Uhr verschied plötzlich und unerwartet nach einem arbeitsreichen Leben unter herzensguter Water, Großvater und Urgrosvater

Herr Friedrich Ernst Rindler im Alter von 70 Jahren und 2 Tagen. Seerhausen, den 27. 1. 32. Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

früher jetzt

Multi-Scott viel billiger geworden

Denn der Inhalt ist um 40% erhöht; heute kostet die Original-Flasche 7.75, Doppelflasche 3.-, sodaß sich jeder eine Kur mit Scott's-Emulsion leisten kann. Scott bleibt Scott und ist das vitaminreichste und billigste Nähr- u. Kräftigungsmittel für Jung und Alt. Verlangt also nur Original „Scott“ in allen Apotheken u. Drog.

Depots: Stadt-Apotheke, Dr. Arnold Reiche-Apotheke, Melisar Central-Drogerie, Pfenlar Gröba: Anker-Apotheke; Drogerie Otto.

Hallo! Hallo!

Vom 29. Jan. bis 28. Februar kaufen Sie jeden Schuh ungehört billig!

Damenschuhe ab 3.95 Herrenschuhe ab 4.95

Um Platz für die Frühjahrsware zu schaffen, sind die Preise — ohne Rücksicht auf den Einkauf — radikal zurückgesetzt worden. Raus um jeden Preis! Kleingeld genügt! Restpaare bis zu 70 Prozent ermäßigt.

Schuhhandels-Gesellschaft m.b.H. Riesa a. R. Paulstr. 2 Das Schuhhaus mit den volkstümlichen Preisen.

Morgen Freitag **Schlachtfest.** W. Anstet, Wdt. Addekan

Morg. Freitag **Schlachtfest.** Oerm. Richter, Bobertien.

Graverei-Rick, Addekan Morgen Freitag **Schlachtfest.**

Stadt Hamburg. Morgen Freitag **Nacht-Schlachtfest** Ab 6 Uhr Wehkeich. Kurt Kern.

Freitag **Schlachtfest.** 9 Uhr Wehkeich später fr. Wark.

Weber, Poppitz. Sie erhalten bis auf weiteres bei mir nicht 8 Orzinge, sondern

10 Pöllheringe 1/2 Pfd. Fleischsalat oder 1/2 Pfd. Mayonnaise oder 1 Pfd. Sauerkraut oder 1 Camembert-Käse oder 2 saure Gurken oder 1 Pak. Norwingsmilch

60 Pfg. im Stunde nur

65 Pfg. Pfund-Dose empfiehlt

Paul Pfeifer Hauptstraße 92.

„Nordseehalle“ Veritasallkräftige D empfiehlt billigst tägl. alle Sorten **frische Seefische** arüne Orzinge, 2 Wdt. 50 Pfg. u. Hale, frisch a. d. Hauch. Freitag ab 5 Uhr warme Ofen-Änderen, Freitag und Sonnabend wieder feine feilmariinierte Orzinge.

Ich verpfunde morgen Freitag mittags 1 Uhr **ein Schwein** Wehkeich Wdt. 55 u. 60 Pfg. Brautwerk Wdt. 90 Pfg. Brautwerk Wdt. 75 Pfg.

Riffe, Poppitz Nr. 4. Freitag **Schlachtfest** 1/2 u. 9 Uhr Wehkeich, später feine Orzinge. **Emil Ringer** Straße 11a.

Freitag **Schlachtfest** 1/2 u. 9 Uhr Wehkeich, später feine Orzinge. **Emil Ringer** Straße 11a.

Freitag **Schlachtfest** 1/2 u. 9 Uhr Wehkeich, später feine Orzinge. **Emil Ringer** Straße 11a.

Freitag **Schlachtfest** 1/2 u. 9 Uhr Wehkeich, später feine Orzinge. **Emil Ringer** Straße 11a.

Freitag **Schlachtfest** 1/2 u. 9 Uhr Wehkeich, später feine Orzinge. **Emil Ringer** Straße 11a.

Freitag **Schlachtfest** 1/2 u. 9 Uhr Wehkeich, später feine Orzinge. **Emil Ringer** Straße 11a.

Freitag **Schlachtfest** 1/2 u. 9 Uhr Wehkeich, später feine Orzinge. **Emil Ringer** Straße 11a.

Freitag **Schlachtfest** 1/2 u. 9 Uhr Wehkeich, später feine Orzinge. **Emil Ringer** Straße 11a.

Freitag **Schlachtfest** 1/2 u. 9 Uhr Wehkeich, später feine Orzinge. **Emil Ringer** Straße 11a.

Freitag **Schlachtfest** 1/2 u. 9 Uhr Wehkeich, später feine Orzinge. **Emil Ringer** Straße 11a.

Die wirksamste Grenzlandpolitik durch Stützung der Grenzlandindustrie.

Dresden, 28. Januar.

Vor der Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller behandelte Syndikus Dr. Schubert das Thema „Sachsen in schwerer Grenzlandgefahr und unser Kampf für das Land“.

Der Redner wies auf die hervorragende Bedeutung der sächsischen Industrie für das ganze Reich vor dem Weltkrieg hin und führte dafür eine Reihe interessanter Beispiele an. So beten die Länder noch heute Getreide an, die vor Jahrzehnten die Holzindustrie in Oberhau geliefert habe; die Grabsteine der Friedhöfe vieler Länder stammten von der sächsischen Steinindustrie; in Sachsen hergestellte Nähmaschinen arbeiteten in der ganzen Welt und sächsische Musikinstrumente würden in fast allen Teilen der Welt gespielt; fast drei Viertel der in Peru eingeführten Fertigwaren seien von sächsischen Arbeitern hergestellt. Das Kriegsende habe hierin einen verhängnisvollen Wandel geschaffen, woran nach Ansicht des Redners nicht zuletzt eine falsche deutsche Wirtschaftspolitik Schuld trage. Sachsen liege jetzt an gefährlicher Stelle des europäischen Wirtschaftskampfes. Die Währungsänderungen in den verschiedenen Ländern hätten Sachsen Industrie auf den gefährlichen russischen Markt abgedrängt.

Dr. Schubert kritisierte die Grenzlandpolitik der Reichsregierung, durch die die Gefahren für Sachsen weiter erhöht worden seien. Die wirksamste Grenzlandpolitik könne nur durch Stützung der Grenzlandindustrie getrieben werden. Vergesslich habe die sächsische Industrie oft genug Vertreter der Reichsregierung an Ort und Stelle und besonders unmittelbar an der Grenze, z. B. in dem absterbenden Annaberg, die katastrophale Lage vor Augen geführt. Aus dem sächsischen Grenzraum sei ein sächsischer Grenzraum geworden. Eine starke Grenzlandpolitik sei nicht eine sächsische, sondern eine deutsche Aufgabe. Sie werde nicht vom Konzentrationstandpunkt, sondern vom gefährdeten Grenzland gefordert. Polizeioberst von Krautz vom Innenministerium bemerke an Hand von Lichtbildern, in denen die ungeheuren Rüstungen der Nachbarn Deutschlands gezeigt wurden, die Notwendigkeit eines umfangreichen und gut arbeitenden Luftschutzes. Da Deutschland die Haltung einer Luftflotte unterliegt sei, bleibe nur die Schaffung von Schutzmaßnahmen übrig.

Senkung der „gebundenen“ Bierpreise ab 1. Februar 1932.

Berlin, 28. Januar.

Die Verhandlungen mit dem Brauereigewerbe haben zu einer Senkung der gebundenen Bierpreise um 2 RM je Hektoliter Vollbier ab 1. Februar 1932 geführt. Die volle Senkung des biersteuerfreien Teiles des Erzeugerpreises um zehn Prozent laut Notverordnung ist damit nicht erreicht, wäre aber auch nur bei einer damit verbundenen Steigerung des Konsums vertretbar, die gegenwärtig nicht zu erwarten sei. Eine etwaige Herabsetzung der Biersteuer wird nicht nur den Verbrauchern vollauf zugute kommen, sondern auch der biersteuerfreie Teil des Brauereipreises wird dann um volle zehn Prozent gesenkt werden.

Die Maßnahmen des Reichskommissars für Preisüberwachung betriebe der freien Bierpreise und der Bruttoverdienstspanne der Schankwirte werden durch diese Regelung nicht berührt.

Leipart gegen Tribute und Deffation.

Berlin. Der Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, sprach am Mittwochabend im Rundfunk. Er wies eindringend darauf hin, daß jedermann im Volke die Heberzeugung habe, daß der in Versailles gegründete Friede kein wahrer Friede sei.

Groeners Leitgedanken für Genf.

Der Kampf zwischen Machtgedanken und Rechtsgedanken.

In Berlin. Reichswehrminister Groener veröffentlicht in den „Blättern der Staatspartei“ einen programmatischen Kussag über die Abrüstungskonferenz, in dem er die Weimarer Verfassung, Versailles und die kommende Genfer Konferenz einander gegenüberstellt und als die deutsche These für Genf: „Gleiche Freiheit, gleiches Recht und gleiche Sicherheit für alle Völker“ bezeichnet.

Der Minister führt dann weiter aus: Durch nichts konnte der Rechtsgedanke von Weimar schwerer getroffen werden, als daß man ihm die ursprüngliche Form der Rechtsanwendung, das Notwehrrecht, zwar äußerlich zubilligte, ihm aber die Mittel dazu vorenthielt. Durch nichts wurde die Freiheit mehr beeinträchtigt als durch die wehrpolitischen Fesseln von Versailles.

Vom Rapp-Putsch über den Herbst 1928 bis zum Leipziger Prozeß von 1930 läßt eine Linie, deren Ausgangspunkt in der wehrpolitischen Entrechtung Deutschlands durch Versailles liegt. Diese Erkenntnis läßt jene Ereignisse nicht entschuldigend, wohl aber begreifbar.

Ein Mittel hätte es gegeben, diesen Gang der Dinge aufzuhalten: die Einlösung des Abrüstungsversprechens der

Siegermächte. Denn eine allgemeine Abrüstung im gleichen Umfang und nach den gleichen Methoden, wie sie Deutschland auferlegt wurden, hätte die wehrpolitische Diskriminierung des deutschen Volkes aufgehoben.

In Genf wird noch einmal der Kampf zwischen dem Machtgedanken und dem Rechtsgedanken entbrennen. Aber die Bedingungen der Auseinandersetzung werden andere sein als vor 13 Jahren. Im Gegensatz zu damals wird in Genf entweder ein freiwilliger Vertrag zu Stande kommen, oder es wird überhaupt kein Vertrag geschlossen werden. Für Diskussionen ist nach dem letzten Jahrzehnt kein Raum mehr.

Genf wird nicht nur über das Maß der Rüstungen jedes Staates entscheiden, es entscheidet auch über Versailles, und in tieferem Sinne über Weimar. Es entscheidet über die Lebensfähigkeit des Völkerbundes und die Zukunft der abendländischen Kulturwelt, deren Widersacher im Osten durchaus gewillt ist, das Erbe einer überlebten Ordnung des menschlichen Daseins anzutreten.

Darin liegt die nationalpolitische und die wehrhistorische Bedeutung der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes.

Die hemmungsfähige Nachpolitik, mit der die Staatsmänner damals die deutsche Niederlage ausbeuteten, habe inzwischen längst ihren Widerfakt erwiesen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit sei weiterhin bestimmt durch die politische Unruhmacht, die beim Friedensschluß die Neuordnung der Welt übernommen und ein politisches System gegründet habe, das zumal mit der zweischneidigen Waffe der Reparationszahlungen in hohem Maße zur Verschärfung der wirtschaftlichen Krisenereignisse durch wachsende politische Unruhe beigetragen habe. Die deutsche Not habe ihre letzte Ursache in diesen Ursachen. Keine deutsche Regierung könne unter den heutigen Verhältnissen auf die Dauer Beständnis für ihre außenpolitischen Ziele und Methoden verlangen, wenn sie nicht zugleich aus ihrer Passivität gegenüber der drängendsten wirtschaftspolitischen Aufgabe herausstreite, deren Lösung entscheidend sei für die Überwindung der innerpolitischen Krise. Diese Aufgabe sei die Arbeitsbeschaffung. Sie müsse gelöst werden, selbst wenn sie ungewöhnliche Maßnahmen erfordere. Der Glaube daran, daß es bei gutem Willen und entschlossenem Handeln möglich sein werde, diese dringlichste aller Forderungen zu erfüllen, sei die Hoffnung, die das deutsche Volk trotz aller Not weiterhin aufrecht erhalten könne.

Offener Brief Adolf Hitlers an den Reichstagskanzler.

München. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe einen offenen Brief Adolf Hitlers an den Reichstagskanzler, in dem sich der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit der Erwiderung des Reichskanzlers auf seine (Hitlers) Denkschrift über die Frage der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten beschäftigt.

Hitler widerspricht darin in einigen Punkten der Darstellung des Reichskanzlers über die Verhandlungen in dieser Frage und behauptet, daß der Reichstag die Amtsdauer des Reichspräsidenten auf sieben Jahre, also auf die volle gesetzlich vorgeschriebene Amtsperiode, hätte verlängern solle. Darin sehe er inhaltlich wie tatsächlich eine Auserkennung und damit eine Aufhebung der die Reichspräsidentenwahl betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung. Das Volkrecht der persönlichen und unmittelbaren Wahl des Reichspräsidenten, führt Hitler aus, könne seiner Auffassung nach nicht durch irgendeine qualifizierte Reichstagsmehrheit erlegt werden. Der Grundgedanke der Weimarer Verfassung sei gewesen, dem Reichstag den vom Volk gewählten Reichspräsidenten gegenüberzustellen. Es sei klar, wenn eine Reichstagsmehrheit das Recht besteuere,

folle, die Amtsdauer des Reichspräsidenten zu verlängern, dann müßte genau so gut eine andre Mehrheit das Recht haben, sie abzukürzen. Die unausweichliche Folge einer derartigen parlamentarischen Amtsdauerverlängerung würde eine in ihren Auswirkungen unabsehbare Herabminderung des Ansehens und des Einflusses des Reichspräsidenten sein.

Nachdem Hitler nochmals die „Beseitigung des heutigen Systems“ als die gegenwärtig „nationalpolitisch wichtigste Handlung“ bezeichnet und den Parteien des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie die Verantwortung für den Versäufelung Vertrag und seine Folgen aufzuleben zu müssen gelehrt hat, schließt er seinen offenen Brief mit dem Vorbehalt des Rechts der Kritik an der gegenwärtigen Regierung.

Heilbehandlung gleich Körperverletzung?

Berlin. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages beriet, wie bereits gestern kurz berichtet, am Mittwoch in Abwesenheit der Nationalsozialisten, der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei die Bestimmungen über die Körperverletzung. Unverändert angenommen wurden die grundlegenden Paragraphen. Sie sehen für die einfache Körperverletzung Gefängnis bis zu drei Jahren oder Geldstrafe, in besonders schweren Fällen Straffreiheit vor. Bei schwerer Körperverletzung Gefängnis bis zu fünf Jahren, bei Todeserfolg bis zu zehn Jahren, für gefährliche Körperverletzung Gefängnis bis zu zehn Jahren, für gefährliche Körperverletzung Gefängnis bis zu zehn Jahren, bei Todeserfolg ohne zeitliche Begrenzung.

Eine längere Aussprache entspann sich über die Heilbehandlung der Körperverletzung, sofern sie eine Körperverletzung darstellt. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß das Strafgesetzbuch sich gegen die unverantwortliche Experimentiererei am Menschen richten müsse. Oberreichsanwalt Dr. Ebermann schilderte den Standpunkt des Reichsgerichts, wonach ärztliche Eingriffe unter allen Umständen, auch wenn sie funktionsgerecht vorgenommen würden, eine rechtswidrige Körperverletzung darstellten, deren Rechtswidrigkeit lediglich durch Einwilligung des Kranken oder seines gesetzlichen Vertreters beseitigt werden könne. Er wies darauf hin, daß es zu unumgänglichen Konsequenzen führe, wenn man diese Einwilligung in jedem Falle verlangte. Wenn der Arzt gewissenhaft vorgehe und auf Grund seiner Diagnose eine Operation vornehme, sei nicht einzusehen, warum er bestraft werden solle. Bei fahrlässigen Irrtum werde der Arzt wegen fahrlässiger Körperverletzung bestraft werden.

Die Kommunisten wünschten einen solchen Schutz nicht nur für Ärzte, sondern auch für Heilkundige.

Schließlich wurde der Paragraph nach einem Antrag des Abg. Dr. Profes (Soj.) in folgender Fassung angenommen:

„ERNST AUGUST“
in der blauen wappengeschmückten Packung

ist eine Constantin-Cigarette von auserlesener Qualität. Wegen der Reinheit ihres Geschmacks, weiß der Raucher diese Marke besonders zu schätzen. Gleichweise haben die in jeder Packung liegenden farbenprächtigen außereuropäischen „Ernst August-Flaggenbilder“ einen großen Freundeskreis gefunden.



Persien
Aegypten
Honduras

Ernst August

Die köstliche Cigarette **53**

nen: „Einariffe und Verhandlungen, die loblich zu sein...“

Politische Tagesübersicht.

Gleichwünsche zum 60. Geburtstag des preussischen... Der Herr Reichspräsident hat dem preussischen... Ministerpräsidenten Brauns in einem persönlichen... Schreiben seine Glückwünsche zur Vollendung des... 60. Lebensjahres ausgesprochen.

Ein Antrag um Oesterreichs Ehre. Der Oesterreichische... Volksbund teilt mit: Sonnabend findet vor dem... Amtegericht Berlin-Mitte ein Verleumdungsprozess statt, den... der Schriftsteller Dr. Behmering gegen den Herausgeber... und Verantwortlichen Redakteur der Monatschrift „Oesterreich...“ wegen eines Artikels angezettelt hat.

Der Reichsparlamentarier prüft weiter. Wie wir hören, hat der Reichsparlamentarier in diesen Tagen mit der Prüfung... der drei Landesfinanzämter und ihrer Unterklassen in... Bayern begonnen, nachdem er inzwischen acht Landesfinanz... ämter in Nord- und Mitteldeutschland durchgesehen und be... gründete Gutachten über sie erstattet hat.

Neue Verhandlungen des preussischen Haushaltsplans. Da der preussische Haushaltsplan für 1932 innerhalb des Staats... ministeriums noch nicht verabschiedet werden konnte, sind die... Einnahmen des verstarbten Davotaufschusses des Staatsrats, die am 4. Februar beschließen sollten, und die für Donnerstag, den 11. Februar in Aussicht genommene Plenarsitzung des Preussischen Staatsrats abgesetzt worden.

Die Notstände gegen den preussischen Finanzminister. Mehrere deutschnationale Volksabgeordnete hatten in einer kleinen Anfrage gefragt, ob es wahr sei, daß der preussische Finanzminister Klepper bei einem Empfang der Vertreter der preussischen Staatsarbeiter gesagt habe: Preußen brauche eigentlich keine Lohnkürzungen und die Arbeiter hätten es sich selbst auszusuchen, wenn Preußen fest dem Reiches folgen müsse; denn es wäre nicht nötig gewesen, wenn die Arbeiterklasse sich die Herabsetzung im Reich nicht hätte gefallen lassen. Wie leicht amtlich mitgeteilt wird, hat der preussische Finanzminister die Anfrage voreilend beantwortet und erklärt, daß die ihm in den Mund gelegten Äußerungen unwahre Behauptungen seien.

Konspirationen in Braunschweig. Mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen häufig vorgekommenen politischen Schlägereien und Uebertreter hat das Polizeipräsidium eine Konspirationenverordnung erlassen. Danach ist u. a. das Stehenbleiben ohne ersichtlichen Grund und jedes Ansumeln von Personen auf Straßen oder öffentlichen Orten verboten. Ferner sind alle aus Anlaß der morgigen nachmittag stattfindenden Einäscherung eines bei Zusammenstößen erschossenen Reichsbannermannes von den Gewerkschaften und der SPD. „plante Demonstrationen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten worden.

Abweisung sozialistischer Vertragsanträge in der französischen Kammer. Bei Beginn der Aussprache über die Festschreibung der Zahl der Abgeordneten der nächsten Legislaturperiode wurden gestern von den Sozialisten hinterinander drei Vertragsanträge eingebracht. Alle drei Anträge wurden abgelehnt und die Weiterberatung auf nachmittags festgesetzt.

Vorbereitung über die Bildung eines Ausschusses für Auslandschulden. Der Deutsche Reichsanzeiger veröffentlicht den Wortlaut der bereits am Sonnabend angekündigten Verordnung über die Bildung eines Ausschusses für Auslandschulden. Der Ausschub besteht aus höchstens 6 Mitgliedern. Je ein Mitglied wird von der Reichsregierung und von der Reichsbank ernannt, zwei weitere Mitglieder ernannt die Reichsregierung im Benehmen mit der Reichsbank aus den an den Auslandschulden beteiligten deutschen Wirtschaftskreisen. Wird von dem Ausschub ein Geschäftsführer gewählt, der nicht dem Ausschub angehört, so tritt er dem Ausschub als Mitglied hinzu.

Die Nationalsozialisten verlangen Todesstrafe für politischen Mord. Im Zusammenhang mit der Ermordung des 13-jährigen Gymnasialisten Herbert Kortus verlangt der „Völkische Beobachter“ die sofortige Einfegung von Standesurteilen zur Aburteilung aller politischen Mordversuche und Mordtaten. — Das Blatt verlangt weiter die Todesstrafe für jeden, der vorsätzlich einen anderen Volksgenossen mordet oder zu ermorden versucht, nur wenn er politisch einer anderen Richtung angehört.

Preussische Auslegungsbefugnisse zum Uniformverbot. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern in einem Rundschreiben Auslegungsbefugnisse zu dem Uniformverbot der vierten Konspirationen herausgegeben. U. a. fallen auch Kleidungsstücke, die von der üblichen bürgerlichen Kleidung nicht abweichen, unter das Uniformverbot, wenn sie infolge ihrer erkennbaren einheitlichen Ausmachung dazu bestimmt sind, ihre Träger als Angehörige einer bestimmten politischen Organisation zu kennzeichnen.

Von Blum gegen französische Währungspolitik im Senat. Leon Blum wendet sich im „Populaire“ gegen die Vorschläge der französischen Rechtskreise, das Staatsschulden nicht über aus der Hand zu geben, bis Deutschland seinen Kriegsverpflichtungen nachgekommen sei. Der Führer der Sozialisten weist darauf hin, daß diese Forderung eine Verletzung des Versailleser Vertrages bedeute. Wenn man anderen Ländern eine Lehre über die Wahrung von Verträgen erteilen wolle, so müsse man ihnen selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Der Versailleser Vertrag habe das Schicksal des Staatsschulden festgelegt. Eine Währungsreform in Frankreich würde es in diesem Falle sein, daß die Beträge als Variablen behandelte.

Die Wirtschaftsverbände beim Preiskommissar.

Der Vorstand der Dresdener Kaufmannschaft hat Gelegenheit genommen, mit Vertretern der Wirtschaft — Verband Sächsischer Industrieller, Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels, Sächsische Einzelhandels-Gemeinschaft — beim sächsischen Preiskommissar, Ministerialrat Dr. Gelscher, vorzusprechen, um eine Klärung verschiedener durch die Notverordnung vom 8. Dezember v. J. aufgeworfener Fragen herbeizuführen.

Der Preiskommissar hat dabei zunächst gegenüber Preisermittlungen richtiggestellt, daß er eine Neuerung des Inhalts, das Publikum solle unter Umständen gegenüber Wirtschaftsgruppen oder Betrieben, die eine Preisfestsetzung nicht in entsprechendem Maße durchführen, zum Käuferkreis greifen, wie das kürzlich in der Presse anlässlich einer Besprechung mit Vertretern des Beamtenbundes behauptet worden war, weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach getan habe. Das sei eine völlige Entstellung dessen, was er gesagt habe. Die Erfahrungen der Zwangswirtschaft hätten gelehrt, daß die Gesetze der Wirtschaft nicht durch behördliche Einariffe aufgehoben oder auf die Dauer beschränkt werden könnten. Er lese deshalb besonders Wert ebenso auf eine Mitarbeit der Wirtschaft, wie auf die der Verbraucher.

Von den Wirtschaftsgruppen ist in diesem Zusammenhang dabei vor allem auf folgende Tatsachen hingewiesen worden: 1. Nach den Bestimmungen der Notverordnung sei eine zehnprozentige Preisfestsetzung nur auf Warenartikel — sofern sie nicht seit 1. 7. 31 ohnehin bereits erfolgt ist — und sogenannte gebundene Waren vorgeschrieben, während die Preisermittlung auf andere Waren, zu deren Beobachtung der Preiskommissar zuständig sei, nur im Einzelfalle beurteilt und behandelt werden könne. Die Wirtschaft im Publikum und auch bei einzelnen Teilen der Arbeitnehmerkreise verbreitete Ansicht, daß alle Preise um 10 Prozent oder mehr gesenkt werden müßten, und sie sogar zu eigenmächtigen Abgängen von den Rechnungen geführt hätte, stünde daher in den gesetzlichen Bestimmungen keine Stütze, und es sei Pflicht des Preiskommissars, aufklärend dagegen einzuschreiten, weil sonst schwere Erschütterungen der Wirtschaftensverhältnisse zu befürchten seien.

2. Bei einer gerade für die Bekleidung und Ernährung des Volkes wichtigen Reihe von Waren könne eine gleichmäßige Senkung der Waren gar nicht durchgeführt werden, weil die Preisbildung nur zu einem geringen Teile vom

inländischen Unternehmer beeinflusst werden könne. So sei die Preisbildung bei den vom Auslande importierten Waren, zum Beispiel Kolonialwaren, Baumwolle usw., von der Weltmarktlage abhängig, während sie bei vielen anderen Waren, vor allem den landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die Abgabe bestimmt werde. Andere Waren wieder, z. B. Tabakerzeugnisse, Spirituosen, Kaffee seien durch die Zölle und Steuern in einem den reinen Warenpreis weit übersteigendem Maße vorbelastet, so daß eine Senkung des Verkaufspreises etwa um 10 Prozent völlig undurchführbar sei, weil dies den Unternehmern in seinen Warenpreisen erheblich übersteige.

3. Es müßte vor allem darauf hingewiesen werden, daß auf den meisten Gebieten eine Preisfestsetzung im großen Ausmaß schon längst vor Erlassen der Notverordnung durchgeführt worden sei, denn die Großhandelsbrichtzahl sei seit Beginn des Jahres 1929 bis jetzt ständig — insgesamt um über 25 Prozent — gefallen und habe mit einer Punktzahl von 101,4 im Januar 1932 fast genau den Friedensstand erreicht, während die Preise des Einzelhandels bei zahlreichen Warengruppen für Ernährung und Bekleidung im letzten Jahre teilweise um 40—45 Prozent herabgegangen seien, so daß das Unternehmertum seit langem nur noch von der Substanz lebe.

4. Eine wesentliche Verabfolgung der Unkosten sei auch durch die Notverordnung nicht herbeigeführt worden, denn durch die Erhöhung der nicht abwälzbaren Umfassungen und der neu verordneten Ausgleichsteuer bei der Einfuhr in Höhe von 2 Prozent sei gleichzeitig wieder eine beträchtliche Steigerung der Kosten herbeigeführt worden. Es sei deshalb Aufgabe des Preiskommissars, vor allem auf die Ermäßigung der Strom- und sonstigen Tarife zu dringen und auch den Wegfall der besonders ungerecht wirkenden Bezeichnungsgebühren in Sachsen zu erwirken.

Nachdem seitens der Wirtschaftsverbände nochmals betont worden war, daß sie durchaus gewillt seien, im Sinne der Notverordnung und im Rahmen der Möglichkeit an der Preisermittlung mitzuwirken, erklärte der Preiskommissar, daß die vorgebrachten Darlegungen erhebliche Prüfung verdienen. Er hoffe, in enger Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsgruppen, für deren Bereitwilligkeit zur Unterstützung er bestens danke, zur Lösung der ihm gestellten schwierigen Aufgaben beitragen zu können.

Weg mit der Kriegsschuldfrage!

Eine Rundgebung der nationalen Frauenverbände in Dresden.

* Dresden. Der Stahlhelmfrauenbund hatte im Verein mit zahlreichen anderen nationalen Frauenverbänden für Dienstag zu einer Rundgebung gegen die Kriegsschuldfrage aufgerufen. Als Redner war Vollzeilerbert a. D. Müller-Brandenburg, ein ausgescheidener Sozialkämpfer auf diesem Gebiete, gewonnen worden. Auf Grund französischer, russischer und englischer Aktienmaterials führte er einleitend den klaren Nachweis, daß spätestens von 1912 an die leitenden Staatsmänner der Entente planmäßig den Weltkrieg entzweit hätten. Die Kriegsschuldfrage sei für uns nicht nur eine Ehrenangelegenheit, sondern eine Sache von größter politischer Bedeutung. Der verlorene Krieg habe für uns mit dem Versaillesvertrag vom 8. 11. 1918 geendet, in dem sein Wort von Tribunat, von einseitiger Entwertung, von der Kriegsschuldfrage, vom Raub der deutschen Kolonien und der Handelsflotte und dem Auslieferungsgeld gefanden habe. Dieser Vorwurf wäre von der Entente unter Druck des Völkerrechtes beiseite geschoben, der erste Außenminister der Republik, Graf Brockdorff-Rantau, habe aber durch seine in Versailles abgegebenen Erklärungen den Rechtsanspruch Deutschlands auf den Versaillesvertrag festgelegt. Nur von dieser Rechtsgrundlage aus könne Deutschland den Kampf um seine Freiheit erfolgreich führen. Aber von den Regierungskreisen in Deutschland sei in dieser Hinsicht nichts gegeben, weil man sich der Illusion einer Verständigung mit Frankreich hingeeben habe. Auf Neuerungen feindlicher Staatsmänner sich stützend, wies der Redner dann nach, daß die Tributzahlungen ausdrücklich mit der Kriegsschuldfrage und nicht mit dem Verlust des Krieges begründet worden sind. Die Bedeutung der Wehrlosigkeit für den Kampf und die Lebensbedeutsamer unseres Volkes betonte, verlangte Oberst Müller-Brandenburg schließlich, daß die Reichsregierung eine Politik des Widerstandes führe und den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage auf der ganzen Linie eröffnen solle.

Nach der mit härmlichem Beifall aufgenommenen Rede wurde eine einstimmig angenommene Entschließung an den Reichspräsidenten und an das Reichsministerium des Inneren gefaßt, in der es u. a. heißt:

Nach immer ist der Artikel 131 des Versailleser Diktates in Kraft. Wir fordern, daß die Reichsregierung mit aller Energie die notwendigen Maßnahmen ergreife, damit dieser für Deutschland schmerzvolle Artikel endlich gestrichelt wird. Er heißt eine Verewigung und Verewigung der Rüge dar. Die Deckung der Rüge und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung aller Nationen haben gezeigt, daß Deutschland seinen Herzog zum Schwerd gezeichnet hat und seine Schuld am Weltkrieg hat. Das deutsche Volk hat auf Grund der Versaillesverhandlungen, die nach Willkür Recht allein für Deutschland und seine Gegner maßgebend sein können, den Anspruch auf Sicherheit und Gleichberechtigung. Wir deutschen Frauen fordern die Schändung der deutschen Ehre durch den Artikel 131 vor aller Welt leidenschaftlich ab.

Sattelfeld gegen den Graf Seibdorf beantragt.

* Berlin. (Huntpspruch.) Außer einem wegen Erfrankung entlassenen Angeklagten sollte heute bei Beginn des Prozesses wegen des Auslieferungsdammstrawalle Graf Seibdorf, Rechtsanwalt Dr. Seib hatte bereits gestern Abend der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß Graf Seibdorf an einer wichtigen Führerbesprechung in München teilnehmen müsse und daher heute nicht zur Verhandlung erscheinen könne. Die Antwort des Landgerichtsdirektors Ohnesorge, daß Graf Seibdorf unbedingt zur Verhandlung erscheinen müsse und daß er evtl. einen Vorführungs- oder Sattelfeld zu erwarten habe, erreichte den Angeklagten nicht mehr, da er inzwischen zum Wahnlo gefahren war. Staatsanwaltschaftsleiter Dr. Seib beantragte am Beginn der Sitzung Sattelfeld gegen den Grafen Seibdorf, da in keine Zeit nach München eine öffentliche Verhandlung des Seibdorf sei zur Fortführung des Prozesses notwendig sei. Rechtsanwalt Dr. Seib wies dagegen darauf hin, daß Graf Seibdorf bei der Aufforderung, sofort nach München zu kommen, in einem schweren Bewußtseinszustand geraten sei. Aber schließlich wurde er als Vertreter der SA auf einem wichtigen politischen Posten, so daß unter Umständen seine Anwesenheit bei einer politischen Konferenz wichtiger sei als bei einer Gerichtsverhandlung, wo sich nur noch Fragen erledigen würden, die von der ihm vorworfenen strafbaren Handlung nichts wissen.

Das Gericht zog sich zur Beratung zurück. Landgerichtsdirektor Ohnesorge verkündete dann den Beschluß der Staatsanwaltschaft: Der Angeklagte Graf Seibdorf ist zu verhaften, da sein Ausbleiben in der Hauptverhandlung nicht genügend entschuldigt ist.

Auf Antrag des Staatsanwaltes wurde die Verhandlung zum Amte der Verhaftung des Grafen Seibdorf bis Freitag früh ausgesetzt.

Der 73. Geburtstag des Kaisers.

* Amsterd. Der gekrönte 73. Geburtstag des Kaisers wurde ohne besondere Feierlichkeiten begangen. Im Laufe des Vormittags gingen zahlreiche Blumenladungen, sowie viele Glückwunschkarten in Doorn ein.

* Berlin. Auch der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Engelmann, hat für die Gesamtpartei ein besonderes Glückwunschkartogramm nach Doorn geschickt. Namentlich der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat auch der Fraktionsvorsitzende Dr. Oberhausen ein Glückwunschkartogramm nach Doorn geschickt.

Seltene Eintrittsgerichte.

* Berlin. Im Zusammenhang mit dem Empfang Dr. Groener und Dr. Brüning beim Reichspräsidenten sind in Berliner politischen Kreisen bereits Gerüchte aufgetaucht, die von einem bevorstehenden Rücktritt des Reichskanzlers und seine Ersetzung durch Reichsminister Groener wäken wollen. Die können fehlgehen, daß alle derzeitigen Ausdehnungen falsch sind. Von einem Rücktritt des Kanzlers kann gar keine Rede sein; er legt auch keine derzeitigen Absichten. Die amtliche Mitteilung über seinen Besuch beim Reichspräsidenten detont ausdrücklich, daß der Vortrag sich auf außerpolitische Fragen bezog. Das liegt ja auch um so näher, als die Reparations- und die Abrüstungsfrage besonders akute Probleme sind. Aber die Abrüstung dürfte übrigens auch der Reichswirtschaft dem Reichspräsidenten Bericht erstattet haben. Dabei wäre es natürlich denkbar, daß in der Unterhaltung zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten auch die Frage der Reichsbankwahl gestreift worden ist. Es muß aber betont werden, daß diese Frage im Augenblick gar nicht mehr so sehr eine solche der Reichsregierung ist, daß ihre Vorbereitung jetzt vielmehr in den Händen des privaten Ausschusses liegt, der in aller Stille arbeitet. Es wird verhofft, daß seine Bemühungen gut vorwärts kommen. Schon aus diesen Zusammenhängen ergibt sich, daß die Gerüchte über einen Rücktritt des Reichskanzlers der Grundlage entbehren.

Die litauische Hebe geht weiter.

* Rom. Die hier seit Wochen allseits geführte Hebe gegen die Autonomie des Memelgebietes scheint jetzt ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Das Organ der Regierungspartei „Lituvos Tadas“ nimmt am Mittwoch in einem Leitartikel zu den jüngsten Ereignissen im Memelgebiet Stellung, der gemissermaßen als eine Ankündigung eines bevorstehenden Einmarsch der Zentral-Regierung angesehen werden kann. Nachdem das Blatt die bereits am Vorgehen eines litauisch-litauischen Rotenanstausches gewordene Hebe von drei Memelländern nach Berlin ebenfalls tendenziell wie in der abigen Hebe dargestellt hat, verlangt das Regierungsorgan, daß durch das Einmarsch der Zentral-Regierung ein Anstausch „prozentualer Umtriebe“ im Memelgebiet ein Ende gemacht werde. Die für die Hebe leitenden Litauer sind demnach als „prozentualer Umtrieb“ im Memelgebiet anzusehen, so wie die Litauer im Rahmen des Memelgebietes haben. (V)

Ein neues Arbeitsbeschaffungsprojekt.

* Berlin. Reichsminister Brüning hat diesen Tage in einer Verlesung von Litauer gesprochen, wonach eine Aktion Arbeitsbeschaffung durch Beschaffung und Verwertung von Arbeitskräften in den Produktionsgebieten ermöglicht werden sollen. Wie wir ersehen, wird der Reichstagspräsident heute mit Reichskanzler Dr. Brüning eine Besprechung über dieses Problem haben.



Reichswehrminister Groener als Vater. Reichswehr- und Reichsinnenminister General Wilhelm Groener als glücklicher Familienvater mit seiner Gattin und seinem knapp ein Jahr alten Söhnchen Rutzart Wilhelm.

Bild unten.

Millionen fordern die Abrüstung. In Berlin werden gegenwärtig Namenslisten gesammelt, die zur Abrüstungskonferenz nach Genf geschickt werden und die die Abrüstung aller Länder, nicht nur Deutschlands allein, fordern. Die Sammlung der Listen wird im Schell-Haus durchgeführt, wo täglich Hunderte erscheinen, um auch ihren Friedenswillen kundzugeben.



Der Berliner Bierstandal vor Gericht.

Am Freitag beginnt im Kleinen Schwurgerichtssaal in Berlin-Neubau der Prozess gegen die früheren Generaldirektoren der Schultheiß-Pagenhofer-Brauerei wegen Prospektbetruges und Bilanzverschleierung. Die Hauptangeklagten sind (von links, oben) Rayentellenbogen - Rudolf Funke - (unten) Dr. Walter Söbernheim - Erich Penzlin.



Ein neuer Sport: Sandsegeln.

Ein Berliner Ingenieur hat jetzt dieses Fahrzeug auf der Autorennbahn in Berlin-Grünwald vorgeführt. Es besteht aus einem leichten Gestell und einem großen Segel. Der 'Segelwagen' hat bei Versuchen bereits Geschwindigkeiten von 100 Stundenkilometern erreicht.

Bild links

Durch Raunen Millionär geworden.

Der Erfinder des Raugummis, der Amerikaner William Briles, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Briles hat mit seinem Raugummi durch geschickte und großzügige Reklame in der ganzen Welt ein Vermögen von über 35 Millionen Dollars verdient.

Bild darunter:

Englisches U-Boot mit 54 Mann gesunken.

Das englische Unterseeboot 'M. 2', das zu einer Übungsfahrt von Portland ausgelaufen war, ist nicht in seinen Heimathafen zurückgekehrt. Hebeschiffe und Taucher weilen an der Stelle, wo man das gesunkene Schiff in 31 m Tiefe vermutet. Das Boot hatte eine Wasserverdrängung von 1950 Tonnen und besaß einen Startplatz für ein Wasserflugzeug. Ein Schwesterboot des vermissten Unterseebootes, 'M. 3', ist im Jahre 1925 im Kanal gesunken, wobei die gesamte Besatzung von 68 Mann den Tod fand.



Jugend im Schnee

Roman von H. J. Freiherr von Reichenstein. Copyright by Carl Dunder Verlag, Berlin W. 62.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Herbert Dürrens Vater stammte aus engen Verhältnissen. Er war in Ratibor als Sohn eines kleinen Uhrmachers geboren worden.

Es ist gewiß interessant, aber oft mühsig, nachzuspüren, warum ein bedeutender Mann bedeutend wurde. Man wird zumeist auf mehr oder minder geistvolle Vermutungen angewiesen sein.

Tatsache ist jedenfalls, daß der kleine Uhrmachersohn in den langen Stunden, in denen er dem Vater zuschaute und durch allerlei Handreichungen half, Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit von selbst in sich aufnahm. Wie jedoch kam ihm der Gedanke, das Gewerbe des Vaters zu übernehmen. Das Schwimmen der Sehschärfe infolge der kniffligen Arbeit schrakte ihn ab.

Eher regten seine Phantasie die Erzählungen der Mutter aus ihrem verflochtenen Händlerdasein an. Von ihr lernte er auch wohl die erste bescheidene und für das Leben so wichtige Technik des Geldverdienens.

Die häusliche Armut spürte er wohl, aber sie drückte ihn nicht. Sie öffnete ihm nur die Augen. Wenn er auf Botengängen für den Vater zuweilen in wohlhabende Häuser kam, so verbitterte ihn das nicht, sondern es trüffelste ihm die Unruhe des Verlangens ins Blut. Ueberraschend schnell härtete sich in diesem Knaben die Begierde, und er war wendig und zäh genug, um sofort und ohne Umschweife auf ein einmal erkanntes Ziel loszugehen. So setzte er es durch, daß die Eltern ihn von der Volksschule fortnahmen und ins Gymnasium taten. Lernen wollte er, wissen, was im Leben gespielt wird.

Nachdem er sich in den neuen Verhältnissen zurechtgefunden hat, nahm er sein kleines Schicksal wiederum selbst in die Hände. Er fing an, seinen Altersgenossen, die weniger gut fort kamen, Stunden zu geben. Damit verdiente er allmählich seinen gesamten Unterhalt, sein eigenes Wissen schätzte sich ganz von selbst, und in dem Bürger- und

Abelshäusern lernte er Umgangsformen und weitete den Blick.

Den bescheidenen Gemütern der Eltern war dieser Aufstieg des Sohnes eher unheimlich als erfreulich. Immer wieder mahnten sie: „Schuster bleib bei deinen Leisten,“ und „Hochmut kommt vor dem Fall!“ Immer wieder versuchten sie, ihn in eine Lehre zu geben, wo er ein schlichtes Handwerk lernen könnte. Doch der junge Mensch hielt durch. Erst nach dem Abiturium gab er nach und ließ sich in eine Drogenhandlung fügen.

Aber er war für die Enge bereits verdorben. Nach einem knappen Vierteljahr brannte er durch.

Trotzdem war diese Zeit nicht verloren gewesen. Sie hatte ein tiefes Interesse für Drogen und Chemikalien in ihm geweckt. Durch seinen alten Gymnasialdirektor ließ er sich eine Freistelle erwirken. Er ging nach Berlin und studierte Chemie. Auch hier verdiente er sich seinen Lebensunterhalt durch Stundengeben. Nach dem Examen arbeitete er noch einige Zeit als Assistent bei seinem Professor. Dann brachte ihn dieser mit Vorteil in der Industrie unter. Die Eltern waren inzwischen gestorben, ohne die alte Sorge um den Sohn zu verlieren.

Die Zeiten waren damals günstig. Deutschland befand sich auf dem Gipfel seiner Macht, und die Industrie dehnte sich gewaltig aus. Eines Tages wagte der junge Dürren den Sprung und machte sich als Vertreter von chemischen Fabriken selbständig. Nach zwei Jahren hatte er bereits soviel zurückgelegt, daß er in einem großen Schuppen eine eigene Fabrikation aufnehmen konnte. Seine ersten Artikel waren Soda und eine neue von ihm selbst erfundene Haushaltsseife, die bald sehr beliebt wurde. Aus diesen bescheidenen Anfängen entwickelte er im Laufe der Zeit sein großes und bedeutendes Werk.

Dürren ist stets seine eigenen Wege gegangen. Die immer größer werdenden Chemiefabriken haben sich sehr um ihn bemüht. Er hat ihnen in aller Höflichkeit und mit gutem Humor geantwortet, daß er bei allem Respekt vor soviel Geld, persönliche Tüchtigkeit selbst in heutiger Zeit noch für sicherer halte, als den größten Konzernen. Und Dürren redet niemals nur so daher. Er weiß genau, was er sagt. Seine eigenartige Antwort ist seinerzeit in der ganzen Industrie bis weit über die Landesgrenzen erörtert worden.

Dürren hat verhältnismäßig spät geheiratet, obgleich er durch seine Professoren, durch die Eltern seiner Schüler und später durch seine Chefs Eingang in die besten Kreise fand. Er hatte einfach keine Zeit zum Heiraten. Seine Frau hat auch heute nicht viel von ihrem Mann. Trotzdem ist die Ehe besonders glücklich. Den einzigen Vorwurf, den Dürren seiner Frau macht, ist, daß sie zu nachsichtig gegen ihren Sohn sei.

Diesen selben Vorwurf macht übrigens Frau Dürren ihrem Manne gleichfalls und mit demselben Recht. Dürren ist in den Fehler verfallen, den die meisten Menschen begehen, die eine harte Jugend hinter sich haben. Er hat seinem einzigen Kinde das Leben zu leicht gemacht.

Herbert Dürren wandte die Augen von der Landstraße ab, um ins Hotel zurückzugehen. Es war Zeit zum Umkleiden für das Essen. Da fühlte er, daß seine gewohnte Selbstsicherheit ihn verlassen hatte. Er hatte plötzlich nicht mehr den Mut, die Tür zu öffnen und in die Halle zu treten. Er schalt sich einen Karren. Aber er fürchtete sich zugleich vor den Blicken des Portiers und Empfangsbescheider. Denn wenn der Vater in Oberhof ankam und eine Stunde später bereits, ohne von seinem Sohne geleitet zu werden wieder abfuhr — das sprach sich im Augenblick im ganzen Hotel herum. Herbert scheute die Fragen seiner Bekannten.

Einen Moment zauderte er noch, dann warf er sich auf dem Absatz herum, stieg die vereisten Treppen hinauf und wanderte ohne Zweck und Ziel die Landstraße entlang.

Aber das Wandern brachte ihm keine Befreiung. Je Gegenteil. Je mehr er sich vom Hotel entfernte, desto unzufriedener wurde er mit sich. Er vermühtete seine Feigheit und wäre ums Haar abermals zurückgekehrt, nur um sich zu beweisen, daß er ein Mann war. Die allgemeine Anlauf überhaupt etwas zu unternehmen und zu entscheiden, ließ ihn in der einmal angefangenen Bewegung verharren.

Die große Chaussee wurde ihm bald zu befeht. Er mußte mit sich allein sein. Denn er wußte wohl, daß etwas mit ihm geschehen war. Aber sein Leben war bisher so glatt und selbstverständlich verlaufen, als daß er ohne weiteres hätte begreifen können, was.

Herbert hatte sich noch so wenig mit Problemen herumgeschlagen, daß er nicht einmal wußte, wie man im prakti-

